

**Annoncen**  
**Annahme-Bureaus:**  
In Posen bei  
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)  
Büdertstraße 14;  
bei Herrn Ch. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4;  
in Grätz b. Hrn. L. Streifend;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig,  
Hamburg, Wien und Basel:  
Haasenstein & Vogler.

# Posener Zeitung.

Dreiundsechzigster

Jahrgang.

Mr. 16.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierthalbjährig für die Stadt Posen 14 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslands an.

Donnerstag, 20. Januar

Inserate 14 Sgr. die fünfgesparte Zeile oder deren Raum. Anzeigen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

## Amtliches.

Berlin, 19. Januar. Se. M. der König haben Allerhöchstes geruht: Dem Wirkl. Geh. Rath Sulzer das Amt des Sekretärs des Schwarzen-Adler-Ordens; und dem prakt. Arzt Dr. Dahrenstaedt zu Hamm den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der bisher bei dem hiesigen K. Stadtgericht angestellte Stadtgerichts-Sekretär Lauter ist als Registratur- und Rendant der Bureaucasse bei dem Hause der Abgeordneten angestellt worden.

## Der Verhandlungen mit China.

Die seit mehreren Wochen gepflogenen Verhandlungen zwischen dem Norddeutschen Bund und China sind jetzt zum Abschluß gelangt durch den Austausch offizieller Erklärungen zwischen dem in Berlin anwesenden Chef der chinesischen Mission, Minister Burlingame, und dem Bundeskanzler Grafen Bismarck. Herr Burlingame hatte in den ersten Tagen des Januar an den Bundeskanzler eine Depesche gerichtet, durch welche die „Königl. Bzg.“ in den Stand gesetzt ist, nach dem englischen Originaltext in der Übersetzung mitzutheilen. Die Depesche lautet;

Berlin, 4. Jan. 1870. Ew. Exzellenz! In unseres Unterredungen von gestern und heute hatte ich die Ehre, darzulegen, daß der Wunsch der chinesischen Regierung nicht sowohl darauf gerichtet sei, neue Verträge abzuschließen, als eine gerechte und billige (fair) Ausführung der schon bestehenden Verträge sicher zu stellen. Die bestehenden Verträge mit der Gelegenheit sie zu modifizieren, dargeboten durch die Anwesenheit der Vertreter der Vertragsmächte, in Peking, genügen für Zwecke des Handels. Aber durch die Art, wie sie festgestellt wurden und durch die strengen Stipulationen, die daraus folgen, ist ihre Ausführung schwierig. Ohne hier die Angemessenheit ihres Ursprungs in Frage stellen oder die Verpflichtung Chinas, sie zu beobachten, leugnen zu wollen, möge es gestattet sein, eine solche Rückfrage (forbearance) bei deren Ausführung seitens der westlichen Mächte zu verlangen, die vereinbar ist mit der Unabhängigkeit Chinas und dem Interesse der Zivilisation. Während ein gleichmäßiger Wunsch bestehen mag, in dieser Hinsicht Gerechtigkeit zu üben, sind die Meinungen darüber sehr verschieden. Der eine Theil behauptet, da die Verträge ihren Ursprung in der Gewalt haben, müsse der Druck zu ihrer Unterstützung fortgelegt werden, und, daß jedes Nachlassen in diesem System verhängnisvoll für den Fortschritt sein würde. Der andere Theil dagegen glaubt, daß dieses System weder weise noch zuverlässig ist; daß, wenn es auch zweckmäßig sein möge für den Augenblick, es schließlich für die Interessen derjenigen, welche das System befürworten, verderblich sein muß; daß es unvereinbar ist mit der Souveränität Chinas und mit dem völkerrechtlichen Geist, welcher die Rechte der Nationen nicht abmäßt an ihrer Widerstandskraft, oder an den Interessen derjenigen, die nicht zu diesen Nationen gehören; daß es die Zentralregierung von China schwächt und herabwürdigt durch Verhandlungen mit den lokalen Behörden, und die große Kriegsfrage der Partheien derjenigen unterordnet, deren Interesse es ist, Krieg zu führen. Es kann wohl kaum in Frage stehen, welche von diesen Parteien im Rechte ist, und mit großer Befriedigung darf ich Ew. Exzellenz an die für die letztere Politik günstige Aktion Seiten derjenigen Vertragsmächte erinnern, die schon von der Mission beurtheilt werden sind. Der mit den Vereinigten Staaten geschlossene Vertrag erkennt auf breiter Basis das Jurisdiktions-Recht Chinas in seinen eigenen Angelegenheiten an und gewährt den Chinesen in Kalifornien eine wesentliche Unterstützung. Diese letztere Rückfrage war es, welche die feierliche Form eines Vertrages mit den Vereinigten Staaten annahmen ließ. Ein Vertrag als höchstes Gesetz des Landes überwog die schädliche lokale Gesetzgebung mit Bezug auf die chinesischen Einwanderer. Die Korrespondenz zwischen Lord Clarendon und dem Unterzeichneten, so wie seine damit übereinstimmenden Instruktionen geben den Entschluß der großbritannischen Regierung kund, eine verschuldbare Politik gegen China aufrecht zu erhalten und ihre Agenten auf die geeigneten Schritte zu verweisen. Die berühmte Aufnahme der Mission durch den Kaiser von Frankreich und die gerechten Ansichten die damals von ihm ausgedrückt wurden, so wie die späteren Erklärungen seiner Minister in demselben Sinne, in Verbindung mit direkten Schreiben der Souveräne von Holland, Dänemark und Schweden an den Kaiser von China sind eine Gewähr des allgemeinen Wunsches eines harmonischen und ruhigen Verfahrens gegen China. Die mehr als offizielle Kurtoisie, die von Sr. M. dem Könige von Preußen der Mission gewährt wurde, so wie die wiederholten Freundschaftsbezeugungen, deren sich die Gesandtschaft Seitens J. M. der Königin zu erfreuen hatte, werden nicht nur jedem Mitglied der Gesandtschaft in dankbare Erinnerung bleiben, sondern auch ein lebhaftes Gefühl der Verpflichtung in den Herzen des chinesischen Volkes hervorrufen.

Ich glaube Ew. Exzellenz versichern zu können, daß die chinesische Regierung den hochherzigen Sinn der westlichen Mächte würdigen und erwählen wird. Wir erfahren in der That, daß dieselbe Nation, die von ihren Gegnern des Rücktrittes angeklagt wurde, weite Zugeständnisse zu Gunsten freinder Nationen gemacht hat. Der großbritannische Vertrag enthält Stipulationen, durch welche im Jahre 1868 der Vertrag revidiert werden konnte, und so durch die Klausel der meistbegünstigten Nation, was einem gewährt wird. Alles zu Gute kommt, so waren alle Vertragsmächte gleichmäßig wie Großbritannien bei den Ergebnissen der Verhandlungen interessiert. Die Unterhandlungen wurden begonnen von dem englischen Gesandten Sir Rutherford Alcock unter Mitwirkung der Vertreter der anderen Vertragsmächte und der Bevollmächtigten der chinesischen Regierung.

Diese Unterhandlungen haben, wie englische Telegramme berichten, zum Ergebnis gehabt, eine Änderung des Transitholles, die Gründung zweier neuer Häfen, das Recht Kohlengruben anzulegen, eine Herabsetzung der Bälle, das Recht der Schiffahrt auf inländischen Gewässern, das Recht der Ausländer zu zeitweiligem Aufenthalt in jedem Theile des Landes. Dies ist eine genügende Erwideration für diejenigen, die erst neuerdings erklärt haben, daß China die Aktion der westlichen Mächte zu seinen Gunsten mehr verwerten werde, um die Privilegien der Ausländer zu beschränken, als sie auszudehnen. Das günstige Ergebnis konnte erst erreicht werden, nachdem die chinesische Regierung die volle Bedeutung des Vertrags mit den Vereinigten Staaten erkannt hatte und die volle Wirkung des Vorgehens der englischen Regierung gegen das aggressive Verfahren einiger ihrer Landesangehörigen, und bis Lord Clarendon viele der englischen Agenten wegen ihres ungerechtfertigten Verfahrens in Yang-Chan und mehreren anderen Punkten des chinesischen Reiches streng getadelt hatte.

Nach den entgegengesetzten Neuerungen von gestern will ich nicht beanspruchen, die Ansichten Ew. Exzellenz zu erforschen. Ich beeile mich, im Namen Chinas Ihnen dafür zu danken und Sie zu bitten, dieselben in Erwiderung dieses Schreibens aufzzeichnen zu wollen (place them upon record), zu dem Zwecke, daß diese Erklärung China eine noch größere Aufrichtigkeit gebe, sowie eine Anregung zu weiteren Fortschritten.

Ich habe die Ehre u. s. w. Burlingame.

Das Antwortschreiben des Grafen Bismarck auf die vorstehende Note lautet folgendermaßen:

Berlin, 17. Januar 1870. Sr. Ex. Anson Burlingame, außerordentl. Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. R. H. des Kaisers von China.

Ew. Ex. Ich beeche mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 4. d. M. zu bestätigen, welches sich auf unsere Unterredungen an demselben und am vorhergehenden Tage bezieht. Indem ich die Genauigkeit der Wiedergabe Ihrer Anführungen konstatte, willige ich gern darin, den Kern dessen, was ich ausgesprochen, zu wiederholen und zu beurkunden. Der Umstand mit dieser ersten direkten Gesandtschaft des Kaiserreichs in diplomatischen Verkehr getreten zu sein, gewährt mir große Befriedigung, und ich hoffe, daß da der selbe nunmehr in vollem Einklang mit dem Volkerrecht hergestellt ist, er für beide Theile von gleicher wohltäglicher Wirkung sein wird. Der Ihnen hier zu Thell gewordene Empfang, welchen Sie und die anderen Mitglieder der Gesandtschaft mit so warmen Worten anuerkennen bestehen, bezeugt die Sympathien des deutschen Volkes für China und den Wunsch, den freundlichsten Verkehr mit demselben zu pflegen. Es freut mich, hinzufügen zu können, daß der Norddeutsche Bund und dessen Schirmherr, Se. Maj. der König von Preußen, mein allernäächtester Herr, durchaus geneigt sind, eine dieser öffentlichen Stimmung entsprechende Politik zu folgen. Dies geschieht in der Überzeugung, daß in dem Verkehr der beiden Länder dem Interesse Deutschlands am besten mit dem gedient ist, was gleichzeitig notwendige Bedingung der Wohlthat Chinas ist, nämlich die Machtfülle der Zentralregierung, der Besitz einer der territorialen Ausdehnung und der Bewölkung des Kaiserreichs angemessenen Autorität und Achtung gebietenden Stellung. Durch Aufrechterhaltung der Ordnung und allgemeine Sicherheit im ganzen Reich wird eine solche Regierung die besten Garantien für die gerechte und billige Handlungsweise aller seiner Untergebenen darbieten, für wirksame und allgemeine Schutz unserer in China weilenden öden Handel treibenden Landsleute Sorge tragen, prompte Ausführung der Verträge und Abhilfe in Fällen von Beschwerden veranlassen können. Unbehelligt durch innere Zwistigkeiten und Konflikte nach Außen vermag die Regierung ihre ganze Energie der weiteren Entwicklung der immensen Hilfsquellen des Landes, der heimathlichen Industrie und dem zu gleicher Zeit wachsenden Handelsverkehr nach Außen zugewenden, und es ist ein Zustand der Geduldlichkeit vorauszusehen, der die Regierung kräftigt und die Erfahrung verstärkt, in freundlichem und vertraulichem Verkehr mit anderen Nationen zu leben, wie es durch die Sendung dieser Gesandtschaft herbeizuführen bezweckt wird. Bereitnd auf solchen Voraussetzungen, wird die Haltung des Norddeutschen Bundes sich stets den Erfordernissen der Autorität anpassen, deren Schädigung in Macht oder Ausdehnung eine schwierig zu ermöglichende Perspektive eröffnet, die aber jedenfalls das Gegenteil dessen sein würde, was das Interesse der Weltmächte erhebt. Indem ich die Gelegenheit benutze, um Ew. Ex. aufs Neue meiner Hochachtung zu versichern, zeichne ich ic. ic. v. Bismarck.

## Deutschland.

△ Berlin, 19. Jan. In Folge der Aufhebung der Postfreiheiten sind nach den getroffenen Bestimmungen über die Postsendungen in Staatsdienst-Angelegenheiten diese, wenn sie zwischen laufen, Behörden erfolgen, bei der Absendung zu frankiren. Dasselbe gilt von der Absendung an andere Empfänger, wenn dieselben entweder nicht im Interesse der Empfänger, sondern ausschließlich im Staatsdienste erfolgen, oder an eine Partei gerichtet sind, welche auf portofreie Zustellung einen Rechtsanspruch hat, oder endlich in einer Prozeß- oder Bormundschaftssache ergehen, für welche einer Partei das Errechte bewilligt ist. Alle sonstigen von den königl. Behörden ausgehenden Postsendungen sind unfrankirt abzulassen; Postanweisungen jedoch unterliegen selbstverständlich dem Frankirungszwange. Der entfallende Portobetrag ist daher durch den Absender erforderlichenfalls von dem Geldbetrage der Ueberweisung vorweg abzuziehen.

○ Berlin, 19. Januar. Wie für die Konservativen der Abg. Wagener, so ist für die Liberalen jetzt Gneist das Schmerzenskind, das ihnen viel zu schaffen macht. Auf liberaler Seite mißt man besonders seinem Auftreten die Schuld bei, wenn die Regierung den von liberaler Seite bezüglich des Instituts der Amtshauptleute gestellten Forderungen nicht das gewünschte Entgegenkommen zeigt. Dabei hat Gneist die üble Manier, häufig in wegwerfendster Weise über das „dilettantirende Privatenthum“ der öffentlichen Meinung zu reden, was ihm auf liberaler Seite sehr verübelt wird, und ihm gestern eine scharfe, im Kammerbericht sehr verstimmlte Replik Unruhe und heute von Lasker zuzog. Im Übrigen zeigte auch gestern wieder Gneist seine Reden geistreichen Denker und gewandten Dialetik. Er macht Alles abhängig von dem Entschluß, den die gebildeten Klassen der Gesellschaft zu fassen verpflichtet seien, das höhere obrigkeitliche Amt selbst zu verwalten. Nur dadurch sei es möglich, dem Beamtenapparat, dessen Funktionen man nicht verändern könne, ein Gegengewicht in sich selber zu schaffen, dem Berufsbeamtenthum einen Ehrenbeamtentum mit dem vollen Bewußtsein der Gleichheit gegenüber zu stellen. Die Argumentation hat etwas Bestechendes, aber sie fußt statt auf einer Thatsache, auf einem Postulat, von dem Niemand, auch Gneist nicht sagen kann, wie weit es von den „gebildeten Klassen der Gesellschaft“ realistisch werden wird. Heute wurde die Generaldebatte geschlossen. Die Reden Eulenburgs klangen versöhnlch und ließ fast ein Entgegenkommen vermuten, wenn ihr nicht gleichzeitig eine viel schroffere Erklärung der „Prov. Korr.“ entgegenstande, die weder von kleineren Amtsbezirken noch von der Wahl des Amtshauptmanns etwas wissen will. Bei dieser Gelegenheit möchte ich übrigens doch erwähnen, daß Berichte, die sich in einzelnen Blättern, z. B. der „W. Z.“, finden, wonach die liberalen Parteien an eine Art Not-Kreisordnung nach Analogie der Notgremie verordnet, auf reiner Erfindung beruhen dürften. Auf liberaler Seite ist ein solcher Gedanke ganz gewiß nicht gefaßt worden, er könnte also auch nicht, wie berichtet wird, als Vorschlag von den Konservativen zurückgewiesen werden. — Die Kommission für die Zollverwaltung hat in ihren ersten 6 Sitzungen die prinzipiell wichtigen Fragen über das Liefersystem, die Organisation, den Termin der Zählung und die Verbindung der Erhebung von andern Gegenständen mit der Volkszählung entschieden. Der wichtigste Beschuß ist der, die Volkszählung alle 5 statt alle 3 Jahre stattfinden zu lassen. Es ist eine Subkommission gewählt worden, welche nach Maßgabe

der gefassten Beschlüsse Listen und Formulare mit den erforderlichen Instruktionen für die nächste Zählung zu entwerfen hat. Zu derselben gehören Staatsrat v. Kümmelin (Württemberg), Ministerialrat Becker (Oldenburg), Prof. Meyer (Bayern), Gabrictius (Hessen), Leg.-R. v. Hardeck (Baden) und Reg.-R. Böck und Dr. Schwabe (Preußen). — Aus dem von der „Bzg. für Nord.“ veröffentlichten Wortlaut der auf die Bekleidung des Landesherrn und der Bundesfürsten bezüglichen Bestimmungen ergibt sich, daß wenigstens nicht mehr wie in dem ersten Entwurf jeder thäliche Angriff auf dieselben als Hochverrat mit dem Tode bestraft werden soll. Abgesehen von den geringeren Fällen, die mit Einschließung nicht unter 5 Jahren bedroht sind, ist auch ein Unterschied gemacht zwischen den Fällen, in welchen eine Thälichkeit auf einen Bundesfürsten in dessen Staaten oder außerhalb derselben verübt wird und die letzteren Fällen sind mit bedeutend geringeren Strafen belegt, so daß jemand, der sich an dem Herzog von Coburg vergreift, während derselbe sich in Weimar aufhält, noch mit einem blauen Auge davon kommt, während er bei demselben Verbrennen, in Coburg verübt, allerding Kopf und Kragen riskirt. — Von Seiten der Bürgermeister und Stadtverordneten Aachens ist bei dem Abgeordnetenhaus eine Petition gegen die beantragte Beschränkung der geistlichen Genossenschaften eingegangen. An der Spitze stehen die Hauptwörterführer der Ultramontanen der dortigen Gegend, Bürgermeister Gonzen und Graf Nesselrode. Die Petition schildert die „Berechtigung, Möglichkeit, Notwendigkeit, Untadelhaftigkeit und segensreiche Wirksamkeit“ der katholischen geistlichen Genossenschaften mit sehr brennenden Farben und warnt vor dem Sturm, der in allem katholischen Volk durch Beschlüsse, wie der von der Petitionskommission angeregte, erwartet werden würde. — In dem Befinden des Abg. v. Hennig ist jetzt zum erstenmal eine anhaltende eifreuliche Besserung zu konstatieren.

○ Berlin, 19. Jan. [Zur Debatte über die Kreisordnung. Interpellation Berger Petitionen. Die Klosterfrage. Eine Broschüre.] Die Debatte über die Amtsbezirke und die Kreishauptmannschaft ist in ihrem allgemeinen Theile heute im Abgeordnetenhaus zu Ende geführt worden. Sie hat mit der Rede des Abg. Lasker ihren Höhepunkt erreicht und Lasker unfehlig die wirksamste Rede geboten, die er wohl während seiner ganzen parlamentarischen Thätigkeit gehalten hat. Wir meinen dies weniger im Bezug auf den polemischen Theil gegen Gneist, der wohl einige Wilderung vertragen hätte, als auf den sachlichen Theil, der nicht besser und glänzender vertheidigt werden konnte. Der Kronprinz, welcher auch heute dem größten Theil der Debatte beiwohnte, folgte gerade dieser Rede mit unverkennbarem Interesse. Er wechselte seinen Platz, um den Redner deutlicher vernehmen zu können und verließ den Saal mit dessen letzten Worte, und im Augenblicke, als der Minister des Innern sich erhob. Der letztere trat nicht so scharf und entschieden auf, als man es erwartet hatte. Er sprach, wie er es seit der letzten Zeit liest, so leise und undeutlich, daß erst der Ruf „lauter!“ zu wiederholten Malen an ihn gerichtet, dazu führte, daß er sich verständlich mache. Seine Rede bestätigte, was wir an dieser Stelle wiederholt gemeldet haben, daß an eine Zurückziehung der Kreisordnung zur Zeit nicht gedacht werde. Die Regierung giebt sich der Hoffnung auf ein Zustandekommen der Vorlage hin und die Unterhandlungen, welche sie zum Theil auf Privatwegen durch einflußreiche Mitglieder des Hauses eingeleitet hat, stehen dieser Hoffnung zur Seite. — Heute Abend findet eine Sitzung des Staatsministeriums statt. Wie es heißt, soll in derselben über Beantwortung der Interpellation des Abg. Berger (Witten) wegen Erbauung der Eisenbahn Memel-Tilsit Beschuß gefaßt werden. Im Abgeordnetenhaus ist starke Neigung vorhanden, an die Interpellation eine allgemeine Befreiung zu knüpfen. — Seit einigen Tagen hat sich die Zahl der eingehenden Petitionen bei dem Abgeordnetenhaus wieder erheblich vermehrt. Es befinden sich unter den neuen Eingängen einige recht sonderbare Stücke. So verlangt eine mit Tausenden von Unterschriften bedeckte Petition von dem Hause, daß dasselbe die sofortige Absetzung des Kultusministers v. Mühlner bei Sr. Maj. dem Könige bewirken möge. Zahlreiche Petitionen richten sich, mitunter in sehr weitgehendem Frommen Eifer, gegen den fünften Bericht der Petitionskommission über die Klosterfrage, begüßlich welcher von vielen Seiten im Hause auf Übergang zur Lagesordnung hingearbeitet wird. Es bereitet sich jedenfalls über diese Frage eine sehr scharfe Debatte vor. — In einem hiesigen Blatte ist neulich eines der beiden Gutachten der hiesigen medizinischen Fakultät zu Gunsten der Zulassung der Realsschüler zu den Universitätstudien wörtlich mitgetheilt worden. Es röhrt dasselbe, wie wir erfahren, von dem Prof. Schulz. Schulzstein her. Der Wortlaut des gleichfalls befürwortenden Birchowschen Gutachtens wird gleichfalls später veröffentlicht werden. — Die Broschüre über Armenpflege und Unterstützungswohnsitze von Dr. H. Oppenheim wird von Allen, welche nähere Kenntniß davon genommen, als eine überaus gründliche und fleißige Arbeit gegrüßt, welche unfehlig die bevorstehende Debatte über die Materie im Reichstage wesentlich erleichtern wird.

— Über den Besuch des Erzherzogs Karl Ludwig von Österreich am diesseitigen Hofe äußert sich die „Prov. Korr.“ in folgenden Worten:

Se. I. l. Hoheit der Erzherzog Karl Ludwig wird am nächsten Sonntag (23) zum Besuch an unserem Hofe eintreffen. Der Kaiser Franz Joseph erwähnt den Besuch, welchen unser Kronprinz jüngst dem kaiserlichen Hof gemacht hat, durch die Sendung dessen Erzherzogs, welcher nächst den kaiserlichen Kindern dem Throne am nächsten steht. Ebenso wie unserem Könige daran gelegen war, durch den Besuch des Kronprinzen in Wien dem kaiserlichen Hof ein erneutes Zeichen freundlicher Gestellung zu geben, so darf man in dem bevorstehenden Besuch des Erzherzogs ein Anzeichen erblicken, daß der Kaiser auf die Befestigung der gegenseitigen freundlichen Beziehungen gleichen Werth legt.

Bon der Regierung Österreichs, die bekanntlich nicht absolutistisch, sondern konstitutionell ist, schweigt das Blatt. Die fürstlichen Besitzungen scheinen also mehr als fürstliche Hofartigkeiten nicht zu bedeuten.

Die Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Zivilprozeßordnung für den Norddeutschen Bund hat einen neuen schmerzlichen Verlust erlitten. Der f. sächsische Ober-Appellationsgerichtsrath Dr. Tauchnitz ist gestern hier selbst nach kurzem Krankenlager verstorben. Derselbe hatte bereits bei den nürnbergischen Handelschtskonferenzen und in der Zivilprozeßkommission zu Hannover die f. sächsische Regierung vertreten. Der Zivilprozeßkommission des Nordd. Bundes gehörte er seit Beginn der Berathungen an und ist in derselben, namentlich auch als Mitglied des Redaktionsausschusses noch vor wenigen Tagen mit gewohntem Eifer thätig gewesen. Sein Name gehört der deutschen Rechtsgeschichte an und wird in ehrenvollem Andenken bleiben.

Wie man im Abgeordnetenhaus hört, steht die Anstellung Laskers, des ältesten Gerichtsassessors im preußischen Staate, als Stadtrichter endlich bevor; die Anstellung wird aber erst nach dem Schluß des Reichstages erfolgen; da Lasker sonst zur Niederlegung des Mandats gezwungen wäre.

Die Frau Gräfin Bismarck ist am Montag mit ihren beiden Söhnen von Bonn hier wieder eingetroffen.

Wie dem "Wegweiser" mitgetheilt wird, ist in den letzten Tagen vor Weihnachten Dr. Schneider, bisher Direktor des Seminars zu Bunzlau, zum Direktor des Berliner Seminars berufen worden. Die Angelegenheit scheint sich darum so lange verzögert zu haben, weil sich der Minister mit Dr. Schneider über den Geldpunkt nicht zu einigen vermochte. Die Stelle ist mit 1200 Thlr. dotirt; der neue Direktor erhält noch 300 Thlr. "persönliche Zulage." Von demselbentheilte das genannte Blatt mit, daß er auf dem letzten evangelischen Kirchentage zu Stuttgart die konfessionale Schule die Konfessionschule des Atheismus und Materialismus genannt hat.

Bei der am 17. d. M. in Flensburg stattgehabten Nachwahl für das Abgeordnetenhaus ist Dr. Wallachs, entschieden preußisch gesinnend und während der Jahre 1864 bis 1866 Mitglied der nationalen Partei in Schleswig-Holstein, gegen Herrn Bremer mit 92 gegen 88 Stimmen gewählt worden.

Niel, 19. Jan. Laut eingegangener telegraphischer Nachricht vom 18. d. Mts. hat Sr. Maj. Schiff "Elisabeth" Gibraltar passirt, und befindet sich auf der Reise nach Lissabon.

Münster, 19. Januar. (Tel.) Bischof Dr. Johann Georg Müller (geb. den 17. Oktober 1798) ist heute Nachmittag gestorben. Am 12. d. hatte derselbe sein 25jähriges Jubiläum als Bischof gefeiert.

Dresden, 19. Januar. (Tel.) Der Kommissionsbericht über den von der zweiten Kammer angenommenen Ablösungsantrag ist erschienen. Die Majorität (General v. Engel) beantragt, den Antrag auf sich beruhen zu lassen. Die Minorität der Kommission empfiehlt den Beitritt zu den Beschlüssen der zweiten Kammer.

Karlsruhe, 19. Januar. (Tel.) In der Abgeordnetenkammer ist das Stiftungsfest mit allen gegen 3 Stimmen im Wesentlichen nach den Anträgen der Kommission angenommen worden.

München, 19. Januar. (Tel.) Der Abgeordnetenkammer legt der Kriegsminister zwei Gesetzentwürfe vor betreffend eine außerordentliche Kreditbewilligung von 2,792,000 fl. zur Versorgung überzähliger Offiziere und Unteroffiziere aus dem Jahre 1866, zu Ausrüstungsgegenständen und Neubauten, sowie eine Kreditbewilligung von 3,665,000 fl. zur Fortsetzung und Vollendung der Neubewaffnung. Der Finanzminister legt den Gesetzentwurf über den Staatshaushalt vor, wonach ein Beitrag von 3,419,647 fl. zur Erhöhung der Steuern er-

## Oesterreich.

Wien, 19. Jan. (Tel.) In dem Abgeordnetenhaus begann

## Konzert.

Nur da, wo dieselben Persönlichkeiten unter stets gleichbleibenden Bedingungen fortwährend miteinander wirken, können Ensembleleistungen zu jener Stufe der Vollendung emporgehoben werden, auf der in uns nicht mehr der Eindruck bleibt, daß Mehrere nebeneinander wirken, sondern wo unsere Seele mächtig ergriffen werden muß, und selbst, mischend und klingend, aufgeht in dem einen idealen Tonkörper, der direkt über unsre äußen Sinne hinaus in unser Inneres hinein spielt; sei es nun, daß dieses Zusammenwirken geschieht nach einem Geseze, das alle straff zusammenbindet, wo also jeder singen oder spielen muß (z. B. im Domchor) oder daß allein die Liebe zur Kunst das freiwillige Band ist, das Alle zusammenhält, und sie zu der Einheit führt, wo jeder "sich in dem andern fühlt", wo jeder Mitwirkende nicht nur den Geist der ihm zugefallenen Rolle erfaßt hat, sondern in jedem Augenblicke das ganze Kunstwerk mit interpretiert. Alle diese Bedingungen einer idealsten Ausführung werden durch die Florentiner Quartettisten (Jean Becker, Enrico Masti, Luigi Chiostri, Fr. Hilpert) erfüllt, die am Dienstag Abend im Bazar ein Konzert gaben. Ist es wohl zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß ihre Leistungen "vergleitige Kunst" sind, daß es so, wie sie spielen, in den Seelen unserer Zuhörerinnen geklungen haben muß, als sie die Werke niederschrieben, die uns am Dienstag vorgeführt wurden?

Obgleich Alle bedeutsam als Künstler, steht unter ihnen hoch emporgehoben Jean Becker da, ein Violinist mit eminentner Technik und zugleich, in seinem Spiele, aus sich herauschaffender Künstler.

Die anderen drei stehen zu einander auf fast gleicher Stufe der Vollendung; sie haben der Kunst den Standpunkt abgewonnen, wo das "Erfektfuchen" (was leider oft bedeutende Virtuosen nicht verschmähen) als etwas Realistisches verpönt ist, wo Jeder technisch und ästhetisch nur ideell schafft, ja selbst zu Gunsten des Andern eine weise, rechtzeitige Unterordnung versteht, wie z. B. der Cellist Hilpert, der seinem wundervollen Instrumente nicht den Fortschritt entlockt, den sonst Cellisten zu bringen pflegen (wie überhaupt das Forte der Florentiner wohl noch einen Grad weiter gehen könnte, ohne die Grenzen des Künstlerisch-Schönen zu verletzen), der aber grade dadurch das Ensemble wundersam hebt.

Interessant im Programm war folgende Steigerung: Von Mozarts Quartett B-dur Nr. 3 (Haydn gewidmet), wo echt klassische Formenschönheit mit Mozarts Grazie gepaart, durch Schuberts A-moll Quartett op. 29 mit dem quellenden Melodientrichthum, wo Alles nur eine Entäußerung seines Gemüthes zu sein scheint, nirgends das seinen Nachfolgern eigne Reflektieren zu finden ist, zu Beethovens hohem Quartett in Es-dur op. 74, wo, wie ja in den meisten seiner Werke er der ganze Beethoven mit allen seinen Leidenschaften nach dem Ideale hineingeht ist, und wo wir, ich möchte sagen, "pathologisch" ergriffen von der Allgewalt seiner Töne, das herausleben müssen, was seiner Seele vorgeschwobt hat.

Nach vielseitigem Hervorruh spendeten die Künstler: Haydns Serenade, so schön, wie wohl kaum jemals ein schmeichelnde Töne zitternd durch die Abendluft gesendet worden sind.

Hennig.

heute die Berathung des Adressentwurfs. In der Generaldebatte sprachen für den Entwurf des Ausschusses die Abgeordneten Materhofer, Kaiser, Stecrowsky, dagegen Roman, Grocholski, Tuerheim. Die Fortsetzung der Debatte ist auf morgen anberaumt.

## Frankreich.

Paris, 17. Jan. Rochefort, der sich nach Ruhe zu sehnen scheint, erklärte seinen Freunden, er wolle sich dieses Mal der Strafe nicht mehr durch die Flucht entziehen. Diese aber bestehen darauf, daß er Pflichten gegen die Partei habe und unter keiner Bedingung eine Strafe an sich vollziehen lassen dürfe. Inzwischen fahren die Arbeiterquartiere fort, sich auf das vorzubereiten, was kommen könne, oder was die "Marseillaise" den "zweiten und dritten Tag" der Revolution zu nennen liebt. In dieser Voraussicht werden die Arbeiter-Ateliers in den Vorstädten mehr und mehr mit Revoltern versehenen. Ein republikanischer Geschäftsmann ist auf die Idee gekommen, den einzelnen Werkstätten solche Pistolen zur Verfügung zu stellen, gegen die Bürgschaft einer wöchentlichen Abschlagszahlung von 2 Franken pro Pistole von Seiten des Ateliers. Der Korrespondent, welcher dies der "Köln. Bzg." schreibt, ist allerdings als ein Halboffizieller bekannt und dürfte sich hier vielleicht zu einer unbegründeten Denunziation verstiegen haben.

Im gesagten Abgeordnetenhaus hatte sich heut anläßlich der Verhandlung über die Rochefortsche Angelegenheit ein ungeheures Auditorium auf den Gallerien eingefunden. Um 2½ Uhr wurde die Diskussion über die Rochefortsche Angelegenheit aufgenommen. Dr. Estancelin erhielt zuerst das Wort, um die motivirte Tagesordnung zu begründen, welche das linke Zentrum aufgestellt hat. Dieselbe verlangt nämlich das Aufgeben der Verfolgung. Der Justizminister, Emile Olivier, erklärt, daß das Ministerium diese Tagesordnung nicht annimmt. Es betrachtet ein Votum derselben als einen Alt des Nichtrausens, der ihn verhindern werde, das begonnene Werk fortzuführen. — Rochefort verlangt das Wort. Er drückt sich folgendermaßen aus: "Meine Herren! Ich könnte als Antwort auf den Bericht sagen, daß gewisse Attentate Alles zu sagen gestatten. Ich könnte hinzufügen, daß das Volk und die Massen, welche sich mit Kabinettfragen nicht abgeben, fragen, ob man nicht um jeden Preis einen unangenehmen Deputierten aus der Kammer entfernen wolle." — Präsident: Ich fordere die Kammer zur Ruhe auf. (Billigung.) — Rochefort: Es ist nicht meine Meinung; es ist die Meinung der Massen. Sie sagen, daß man den Deputierten des ersten Wahlbezirks entfernen will. Wenn man ihn ins Gefängnis wirft, so geschieht es, weil man ihn nicht auf andere Weise loswerden kann. Redner sagt weiter, daß die Regierung ihm gegenüber sich großer Ungeschicklichkeit und einer niedrigen, unbegreiflichen Verfolgung schuldig gemacht. Es schließt: "Ich beklage mich nicht, denn die Feinde, welche der Kaiser begeht, werden der Republik zu Statten kommen." (Billigung auf der linken Seite.)

Paris, 19. Jan. (Tel.) Die "Marseillaise" bestätigt, daß der Prozeß gegen Rochefort am Sonnabend zur Verhandlung kommen wird. — Nach hier eingetroffenen Mitteilungen wurde gestern Morgen in Marseille ein Erdbeben wahrgenommen.

## Spanien.

Madrid, 18. Jan. (Tel.) Die Berathung des Gesetzentwurfs, nach welchem alle Bourbonen vom Throne ausgeschlossen werden sollen, ist in Folge von Meinungsverschiedenheiten unter den Unterzeichnern vertagt worden.

## Italien.

Florenz, 18. Jan. (Tel.) Man glaubt, daß der Finanzminister Sella erst in der zweiten Hälfte des Februar im Stande sein werde, den Bericht über die Finanzlage abzustatten, und daß sich das Defizit durch Ersparnisse in den verschiedenen Departements und durch die Maßregeln, welche getroffen sind, um den Ertrag der bereits bestehenden Steuern zu erhöhen, auf etwa 80 bis 90 Mill. lire vermindern werde.

Aus Rom wird über die Dauer des Konzils unter dem 13. Jan. der "Nat. Bzg." geschrieben:

Der Tag für die nächste Session des Konzils ist noch nicht festgestellt; sie soll entweder an Petri Stuhlfeier oder auf Maria Reinigung stattfinden. Allen Anzeichen nach wird sich das Konzil wirklich bis zum nächsten Winter hinziehen und vielleicht noch länger dauern. Da im Sommer der Aufenthalt in Rom unerträglich wird, so werden jedenfalls vom Juli bis September Ferien eintreten müssen. Von Seiten des Papstes sind daher auch bereits in verschiedenen Orten der Albanerberge Wohnungen für diejenigen Bischöfe gemietet worden, deren Diözesen zu weit entlegen sind, als

dass sie für einige Monate dorthin zurückkehren könnten. Seit Neujahr befindet sich Dr. Pichler hier, der Verfasser einer ausgezeichneten Geschichte der Trennung der abendländischen und morgenländischen Kirche, welcher vor einiger Zeit in den russischen Staatsdienst getreten ist. Einige italienische Blätter haben ausgespielt, er sei von der russischen Regierung hierhergefunden, um den Gang des Konzils zu überwachen. Das ist jedoch eine durchaus irrtümliche Voraussetzung; sein hiesiger Aufenthalt ist lediglich Privatdienste gewidmet.

Der "Köln. Bzg." wird unter dem 13. Januar aus Rom geschrieben:

Der h. Vater hat den Vätern des Konzils auf dem Gebiete der privaten Vorberathung in keiner Weise die Hände binden wollen, und die Nachrichten von dem Verbote, bei diesen Versammlungen das Prinzip der Nationalität als Norm zu nehmen oder über eine bestimmte Zahl von Theilnehmern hinauszugehen, sind aus der Lust geprägt. Das Geree von der Auflösung der nach Einheit der Nationalität oder der Sprachen zusammengefügten Versammlungen dafür aller Wahrscheinlichkeit nach von der Entscheidbarkeit, mit welcher der Papst selbst dem Vorschlag Dupanloups, bei der Wahl der vier bekannten Kommissionen eine prinzipielle Verabsichtigung und Theilnahme der verschiedenen Nationen eintreten zu lassen, sein Veto entgegengesetzt hat. Die Majorität der Konzilsdeputation hält es für gewiß, daß Kurfürst-Erbbischof Schwarzenberg einer der Thüren geworden ist. Als Motiv der Sinnesänderung wird der persönliche Einfluß des heiligen Vaters angesehen. Ich bemerke aber noch einmal, daß derje sehr weit davon entfernt ist, in seinem Verlehr mit den Kirchenfürsten irgend welche direkte Befreiungsverträge anzustellen. Es ist unlängst Rede von zwei päpstlichen Bullen gewesen, die eine die moderne Wissenschaft, die andere das Königreich Italien betreffend, welche die Kurie noch während des Konzils *motu proprio* zu veröffentlichen gedenke. Es ist natürlich sehr schwierig, über derartige Kabinettsgeheimnisse etwas ganz Bestimmtes und Zuverlässiges zu ermittelnen. Es wurde mir als höchst unwahrscheinlich bezeichnet, daß der päpstliche Geheimniss der Kirche zur modernen Wissenschaft, über welches gegenwärtig die Verhandlungen des Konzils schweben, zum Gegenstand einer ausschließlich von ihm ausgehenden Erklärung machen werde. Dagegen scheint der Fall nicht außer Acht gelassen zu sein, daß gewisse Eventualitäten dahin führen könnten, die das weltliche Regiment des Papstes berührende Frage nach dem Verhältnisse der Kirche zum Königreiche Italien der Entscheidung der Bischöfe zu entziehen und ausschließlich der obersten Autorität der Kurie anheim zu geben. Die Verlegung des Konzils-Geheimnisses, durch welche ein Theil der unter dem größten Geheimniss gearbeiteten Vorarbeiten zur öffentlichen Kenntniß gelommen ist, hat auf den Papst einen ungemein schmerzlichen Eindruck gemacht. Die nächste Folge dieses Ereignisses, welches die Gemüther in der lebhaftesten Weise beschäftigt und zu mancherlei Konstruktionen Anlaß gibt, wird die sein, daß dem offiziellen Journal von nun an unterfragt werden wird, die Namen der Bischöfe, welche in den Kongregationen das Wort geführt haben, zu veröffentlichen. Das die geheimen und öffentlichen Sitzungen des Konzils aller Hindernisse ungeachtet in St. Peter gehalten werden, daran ist kein Geringerer schuld, als der berühmte Pater Sechi. Als die Klagen der Bischöfe über die schlechte Akustik des Saales zum heiligen Vater drangen, wurde auf dessen Geheimschreiber der berühmte Astronom von seiner Sternwarte heruntergeholzt, um gemeinsam mit dem Baumeister sich in den Kirchen und Palästen Roms nach einem neuen Lokale umzuziehen. Der Schweizer-Saal im Quirinal schien allen Anforderungen am vollkommensten zu genügen, und d. r. Archit. beeilte sich, die Einrichtung der Sitzplätze in Angriff zu nehmen. Indessen wußte Pater Sechi sehr wohl, wie wenig eine derartige Ueberredung nach dem Herzen des heiligen Vaters sei, und während Bispiniari sich beeiferte, seinen großen Fehler nach Kräften wieder gut zu machen, war im Geju ein anderes Projekt zur Reise getrieben. Die Aula wurde durch ein gewaltiges Segeltuch in zwei Hälften getheilt, einige Hundert Stühle auf die Tribüne der Kardinäle gestellt und die Rednertribüne mit einer riesigen Decke überspannt. Dadurch waren die Ueberbühne wenigstens vermindert, wenn auch nicht aufgehoben, die Arbeiten im Quirinal wurden sistirt und es wird nun wohl alles beim Alten bleiben.

## Schweden und Norwegen.

Stockholm, 19. Jan. (Tel.) Der Reichstag wurde heute eröffnet. Die Thronrede konstatiert zuerst die günstigere Lage des Landes in Folge der reichen Ernte des vorigen Jahres und gibt der Landesvertretung anheim, die Berathung der Vorlage über eine Revision der Unionsakte zwischen Schweden und Norwegen solange aufzuschieben, bis eine gleichzeitige Berathung von Seiten der Vertretung Norwegens möglich sei. Die Rede kündigt als die wesentlichsten Regierungsvorlagen an: Eine Staatsanleihe behufs Weiterentwicklung des Eisenbahnnetzes und eine dadurch erforderliche nötige Steuererhöhung, die Verbesserung der Löhne der Indelta-Armee sowie eine Vorlage betreffend die Ueberführung der überzähligen seewehrpflichtigen Mannschaften in die Landarmee.

## Aufland und Polen.

!! Petersburg, 13. Jan. Man macht hier gegenwärtig Jagd auf Gesellschaften, und soll bis jetzt bereits deren

lungen gelangt sind. Nach derselben Richtung und nach derselben Methode sei es nun an der Zeit, auch die weiblichen Anlagen zu entwickeln, um Sicherheit des Wissens, Präzision der Darstellung, Eleganz der Arbeit zu erzielen. Das Unterrichtsgebiet wird sich daher ausdehnen haben auf Mathematik und Geometrie, auf die Naturwissenschaften, auf Volkswirtschaftslehre, auf die Lehre vom Schönem, von Geschmack.

Die Verwaltung der Schule soll kräftig, doch unter dem Betrath von Frauen geführt werden. Eine Verbindung mit den Arbeitsnachweisungsbüros würde den beim Abgänge geprüften Schülerinnen Aussicht auf Verwertung ihrer Leistungen eröffnen.

Schließlich prüft der Referent, auf welcher Seite die Verpflichtung zur Gründung derartiger Schulen liege. Weder Vereinen, noch Privatpersonen, ja selbst nicht einmal dem Staat läge sie so, sondern denjenigen Verwaltung, der es vor allen Dingen als Aufgabe hingestellt ist, die wirtschaftlichen großen Bezirke zu vertreten — der Kommunalverwaltung.

In diesem Sinne legt der Referent der Versammlung drei Thesen zur Annahme vor:

- 1) Die Aufgabe der Gewerbeschulen für Mädchen besteht in der Herabbildung des weiblichen Geschlechts zur Arbeit auf dem Gebiete des Hauses, der Gewerbe, des Verkehrs und der Kunst-Industrie.
- 2) Diese Aufgabe ist nur lösbar durch systematisch geordneten Unterricht in aufeinander folgenden festen Lehrkursen.
- 3) Es ist Pflicht der Kommunalbehörden, durch Errichtung und Förderung von Gewerbeschulen für Mädchen aus dem gebildeten Theile des weiblichen Geschlechts Gelegenheit zur Ausbildung seiner Arbeitskraft zu gewähren.

Indem der Redner bittet, seine Resolution zu unterstützen, wendet er sich speziell an die Frauen: "Alle Güter des Lebens müssen sich hinüberziehen zu Arbeit, und so lange Sie nicht arbeiten, bekommen Sie diese Güter der Welt geschenkt; und wenn die Frauenfrage gelöst werden soll, dürfen Sie kein Geschäft annehmen, Sie müssen sich das verbitten, Sie müssen selbst Anteil nehmen an dieser Lösung!"

Der zweite Referent, Professor Emminghaus aus Karlsruhe, beschränkt sich nicht auf ein einzelnes Gebiet, sondern beleuchtet das ganze System des weiblichen Unterrichts und weiß nach, wie wenig, wie unendlich wenig für weibliche Bildungsanstalten gehalten ist im Vergleich zu den männlichen. Er ist zwar der Meinung, daß das Vorurtheil vor irgend einer Thätigkeit seitens der Frau überwunden und nirgends mehr ein Thor errichtet sei mit der Aufschrift: "Den Frauen ist der Betritt verboten." Es handele sich aber um die Gelegenheit zu einer vollständigen und systematischen Vorbildung für die verschiedenen Berufsgruppen selbst. Er betont die Notwendigkeit einer Reform der Elementar- und Fortbildungsschulen, um den Stand der weiblichen Dienstboten, Fabrikarbeiterinnen, Gewerbsgehilfen zu heben. Und von da aufwärts verfolgt er je nach den sozialen Gliederungen und den individuellen geistigen Anlagen von Stufe zu Stufe auch die notwendige Gliederung von Unterrichtsanstalten und zieht die legitime Konsequenz, indem er bis zur Hochschule gelangt. "Wir können nicht erwarten," meint er, "daß

## Die Frauen-Konferenz in Berlin.

### IV.

Die Sitzung des zweiten Tages wurde um 9½ Uhr durch Hrn. Prof. v. Holzendorff mit einigen geschäftlichen Mitteilungen eröffnet, von welchen diejenigen von besonderem Interesse war, daß ein franz. Matronen aus Amerika der Versammlung innigen Gruß sendet und berichtet, wie sie im Begriff steht, zu Bihala im Staate Newyork eine Gartenbau-

anstalt für Frauen zu gründen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Referate über:

Die Einrichtung der für Frauen bestimmten Hochschulen. Erster Referent war Hr. Direktor Nöggerath aus Briesig, dem das große Verdienst gebührt, die erste Gewerbeschule Deutschlands für Mädchen ins Leben gerufen zu haben. Durch besondere Freundschaft des Verfassers ist uns der Einblick in eine Denkschrift gestattet worden, die er zur Motivierung des Unternehmens den Behörden vorgelegt hatte. Das Gewerbehaus zu Briesig

zwölf aufgehoben haben, die sich ohne polizeiliche Genehmigung gebildet hatten. Die meisten derselben sind ganz unschädlicher Natur und ihre Mitglieder kamen nur zu geselligen Zwecken an bestimmten Tagen in einem bestimmten Lokale zusammen. Nur bei zweien dieser aufgehobenen hat man andere Tendenz und Statuten gefunden. Die eine derselben bestand aus 80 Mitgliedern, die dem Gesellenstande angehörten und allwöchentlich sich einmal versammelten um wegen Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes zu berathen. Die andere Gesellschaft bestand aus jungen Leuten, meist Studirenden, die sich mit der Lektüre eingehend zugelassener Schriften und Besprechung politischer Fragen beschäftigten. Ein Franzose, ein Anhänger Balunins und zwei junge Russen bildeten den Vorstand. Unter den mit Beischlag belegten Papieren sollen auch Hergensche und Balunische Proklamationen beständig gewesen sein. — Nach Eitthauen soll eine aus Sachverständigen zusammengesetzte Kommission abgehen, um die nötigen Maßregeln zur Abhilfe des Nothstandes an Ort und Stelle anzurufen und für richtige Ausführung derselben Sorge zu tragen. Als Präsident der Kommission wird ein verdienter Mann, ein Herr v. Peucker genannt, dessen Wahl wenn es sich bestätigt, für den genannten Zweck als eine sehr gute angesehen werden dürfte, da Hr. v. P. nicht nur seinem Charakter sondern auch seinen Erfahrungen und seiner Sachkenntnis nach für die Mission ganz geeignet ist.

△ Warschau, 18 Jan. Es ist so viel von der Aufhebung resp. Verlegung der polnischen Bank von hier nach Petersburg die Rede gewesen, daß es jetzt um so wunderbarer erscheint, daß man nicht nur die Bank in Ruhe fortbestehen läßt, sondern sogar zur Errichtung von Bankfilialen in Breslau, Lublin und Lodz die Genehmigung ertheilt hat. Indes waren auch jene Gerüchte nur von der Russifizierungspartei ausgesprengt, welche jedes öffentliche Institut, das einen allgemeinen Nutzen bringt, in Polen befürchtet wissen möchte. Die Regierung hätte diesen Schreien schon darum nicht nachgegeben, weil sie von der hiesigen Bank eine jährliche Einnahme von ca. 1½ Mill. R. zieht und solche Quellen verstopft man sich nicht, ohne zwingende Gründe. — Ein hiesiger Bankier ist in eine Strafe von 1000 Rubel genommen worden, weil sich unter seinen Geldern Münzen mit dem Revolutionsstempel von 1831 befanden.

### Bom Landtage.

#### 50. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 19. Januar. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministerische Graf Guelph und Regier.-Kommissar Persius, in der Hofloge der Kronprinz. — Die Generalsdebatte über den 4. Abschnitt der Kreisordnung (Amtsbezirke und Amt des Amtshauptmanns) wird fortgesetzt.

Abg. Graf Winckler (für die Vorlage): Ständische Gelüste leiten die rechte Seite dieses Hauses bei der gegenwärtigen Beratung nicht. Abg. Miquel hat wieder auf Hannover als Musterland hingewiesen, aber in Oldenburg und Ostfriesland war bis 1866 die Landtagsfähigkeit an den Besty des Adels geknüpft und dieser ständische Zopf wurde erst durch preußische Verordnungen abgeschnitten. (Hört! hört!) Sollen wir es uns länger gefallen lassen, daß man unser seit 50 Jahren durch Stein u. M. erworbenen Errungenheiten wegwischt, blos um dem Abg. Miquel das Verdienst zu lassen — dieselben erst ins Leben gerufen zu haben? (Schr. gut! rechts.) Die hannoverschen Analogien passen nicht. Warum führt er uns aber nicht die holländische Verfassung als Muster an? Auf diesem Gebiete ist er ja eine Autotität, wie sein darüber geschriebenes Werk beweist. Freilich führt er dort aus, daß die holländische Verfassung sich nie losgelöst hat vom historisch bestehenden und daß der Bürgermeister vom Könige auf 6 Jahre ernannt wird. (Hört! hört! rechts.) Gegen sein Ammendment, nämlich gegen die beabsichtigte Amtsvertretung muß ich mich erklären, weil ich gegen diese Häufung von Parlamenten mit kleinen unbedeutenden sich durchkreuzenden Kompetenzen ein für allemal eingenommen bin. (Schr. richtig! rechts.) Dabey ist Redner für einen vom König ernannten Amtshauptmann und will auch die Kosten der neuen Einrichtung nicht scheuen. Jedenfalls übernimmt der Kreis jedoch jetzt viele Aufgaben, deren Erfüllung bisher dem Staate oblag, es wird daher nur gerecht sein, wenn diejenigen Einnahmequellen, aus denen der Staat bisher diese Ausgaben bestritt, fortan an den Kreis übergehen, wie es eins der eingebrochenen Amendments vorschlägt.

Abg. Grosschle: Von allen Seiten hört man, unsere ländliche Polizeiverwaltung sei absolut unbrauchbar. Aber sehr wenige kennen sie. Allerdings ist verfaßt worden, sie zu rechter Zeit an der weiteren Entwicklung Theil nehmen zu lassen, aber bei wenig Einrichtungen in unserem Staat

uns plötzlich durch einen hochherzigen Matthew Bassar oder Peabody ein solches Institut hingestellt werde und jedenfalls dürfen wir uns nicht darauf verlassen." Er schlägt daher vor, an den bestehenden Hochschulen Braunkurse zu errichten, namentlich an kleineren Universitäten, was ihm zugleich aus ökonomischen Gründen am leichtesten ausführbar erscheint.

Der Referent legt schließlich die Versammlung 5 Themen vor, deren Umfang hier nicht eine Wiederholung gestattet. Die Diskussion über die Unterrichtsfrage war leider durch die Zeit so beschränkt, daß die Ansichten der Delegierten kaum zum Ausdruck, geschweige denn zu einer Klärung gelangen konnte. Nur vier Redner wurden ausgelost und je zu zehn Minuten zugelassen. Daz daher nur einzelne abgerissene Gesichtspunkte zur Sprache kamen, war natürlich, aber der Sachen nicht zum Vortheil gereicht. Denn wie wichtig auch jede Seite der Frauenfrage sein mag, uns scheint ihr innerster Kern in der Erziehungsfrage zu liegen, die alle Stände gleich nahe berührt. Trotz der zufälligen Wahl der Rednerinnen mache sich dies sofort bemerkbar. Während eine süddeutsche und eine norddeutsche Delegierte einmütig darauf hinwiesen, daß man vor Gründung neuer Lehranstalten doch erst an eine gründliche Reform unserer bestehenden Töchterschule denken möge; daß man ferner in dem Suchen nach neuen Erwerbsquellen nicht übersehen möge, was für den Stand der Lehrerinnen zu thun sei — berichtete eine Hamburgerin über ihre dortigen Bemühungen zu Gunsten der Mädchen aus dem Volke.

Herner trat charakteristische Gegensätze über die dritte Resolution des Hrn. Direktor Nöggerath hervor, welche die Verpflichtung der Kommune zur Gründung von Gewerbeschulen aussprach, indem Herr Direktor Jessen aus Hamburg diese Verpflichtung den Vereinen zuschrieb. Die Hoffnung der Debatte ließ es zu keiner Klärung kommen. Doch wird man bei einem Nachdenken über diese Differenz wohl bald herausfinden, wie sie naturgemäß in den gegebenen Verhältnissen begründet ist. Hamburg ist zwar keine freie Reichsstadt mehr, aber eine freie und reiche Stadt, wo man ohne Unterstützung der Behörden privatim viel zu leisten vermöge. Direktor Nöggerath und wir selbst gehören einem Staat an, der durch eine vielgegliederte Verwaltung das Interesse der Privaten repräsentiert und daher zur Wahrung derselben verpflichtet ist. Wie Staats- und Kommunalbehörden diese Verpflichtung in Bezug auf Unterrichtsanstalten fürs männliche Geschlecht längst anerkannt und erfüllt haben, so werden sie sich der weiblichen Jugend gegenüber nicht länger passiv und negativ verhalten können.

Die Versammlung gab dieser Ansicht durch Annahme der Nöggerath'schen Resolution ihre Zustimmung.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung betraf: Die Erwerbsgenossenschaften der Frauen. Referent war Herr Schulze-Delitzsch.

Wie es in einer öffentlichen Versammlung bei keinem Gegenstande gleichgültig ist, wie und durch welche Persönlichkeit er vertreten wird, so war es bei diesem Thema von besonderer Wichtigkeit. Wir denken wahrscheinlich nicht gering von den Frauen! Aber ihre bisherige Entwicklung der Lebensstellung haben die natürliche Folge gehabt, daß ihnen das Bereich des eigentlichen Geschäftsbetriebs und seiner Formen fremd geblieben, wo nicht ausnahmsweise persönliche Nöthigung dazu drängt. Die Noth ist indessen nicht immer die beste, nur

war der Missbrauch so beschränkt, als gerade bei dieser, die billig, unbefriedig und bequem war. Außerdem find die Träger dieser obrigkeitlichen Gewalt ein Element, an das sich am allerersten eine Selbstverwaltung anknüpfen läßt, und zwar das einzige, ohne welches keine Selbstverwaltung zu schaffen ist, daher es nicht nötig war, das Kind mit dem Bade auszuschütten, sondern die Reform dieser Polizeiverwaltung war geboten. Durch ihre Aufhebung schafft man eine tabula rasa. Das Neue aber, was man auf diese leere Tafel zeichnen will, muß doch wenigstens der Art sein, daß in der That etwas daraus wird. Dazu gibt aber die Vorlage nur wenig Hoffnung. Wo sollen die Personen herkommen, die wir zu den neuen Einrichtungen brauchen. Sie finden sie nur, wenn Sie kleine, namentlich solche Bezirke schaffen, die sich den konkreten Verhältnissen anpassen. Die Bezirke, wie sie der Entwurf sich denkt, werden ein Übermaß von Arbeit schaffen, sie werden ein Übermaß von Kosten verursachen und die Gefahr erzeugen, daß nicht der Amtshauptmann, sondern der Schreiber, der er sich wird halten müssen, die Geschäfte selbstständig abmacht. In Betreff des Amtshauptmanns sollte sich Redner der Ansicht Seineis an. Tragen Sie (links) den Verhältnissen Rechnung. Wir werden trotz der vielen Bedenken gegen die Vorlage dennoch für das neue Institut stimmen, natürlich mit Abänderungen, um das Institut lebensfähig zu machen. Wir beweisen damit, daß wir zu Reformen beizutragen geneigt sind, was in unseren Kräften steht.

Abg. v. Schöning: Die liberale Seite fordert von uns die Aufhebung des Virilstimmrechts für die Vertretung in den Kreistagen, des Ernenntungsrechts der Schulzen und der gutsherrlichen Polizei. Häufigen Sie nicht weiter, die dem Gesetz entgegenstehenden praktischen Schwierigkeiten, welche in dem Institut der Amtshauptleute gipfeln. Dasselbe findet im Lande keinen großen Anklang, seine Einführung wird zunächst nur ein Versuch sein. Finden wir jetzt die Amtshauptleute, so finden wir vielleicht nach drei Jahren nur noch zur Hälfte. Halten wir eben gleichwohl das Gesetz aufrecht, so werden wir durch die notwendig werdende kommissarische Vertretung die sechs östlichen Provinzen mit etwa 2 Millionen Thaler Kosten beladen. Eine weitere Belastung können die Landwirthe nicht ertragen. Die Anträge Miquals häufen die Schwierigkeit gegen die Annahme des Gesetzes. Unsere Gemeinden bestehen im Gaugen aus homogenen Besitzern, trotzdem entstehen die größten Schwierigkeiten, wenn in der Gemeinde die Abgaben anders verteilt werden sollen. Was würde aber erst entstehen, wenn diese Gemeinden so zusammengeschmiedet werden, daß arme Bauern mit reichen Kolonisten in einem Bezirk fallen? Dem Reichstag und Böllparlamente ist vorgeworfen, sie seien Steuerbewilligungs-Maschinen, das würden gerade die Amtsbezirksvertretungen sein. Lebten Sie deshalb die Miqualschen Anträge und auch den § 41 der Vorlage, der den Gedanken der Gessamtgemeinde involviert, ab. (Beifall rechts.)

Abg. Lasker: Für den Hauptzweck dieser Debatte halte ich, daß wir uns klar werden, worin die Parteien übereinstimmen und worin sie auseinandergehen. Der erste Zweck ist schon erreicht. Denn der Amtshauptmann halten Alle für konstruktiv. Mehrere Redner haben es heiter gefunden, daß gerade Hr. Miquel uns mit diesen Amtmtern, durch Importirung aus Hannover, beglückt will, und es ist sogar ein lustiger Antrag gestellt (von dem Abg. v. Behr), wenn unsere Anträge angenommen sind, die Kreisordnung auch in Hannover einzuführen. Herr Miquel ist aber nur die Firma unserer Anträge. An unserer Befreiungen über diesen Abschnitt nahmen 50 Grundbesitzer aus den östlichen Provinzen Theil, die sämtlich mit der Wahl des Amtshauptmanns und mit der Konstruktion des Amtsbezirks einverstanden waren. Unsere Beschlüsse sind also nicht mit Unkenntniß der Verhältnisse gefaßt, vielmehr haben Sie sich mit dem Namen Miquel einfach mythischen lassen. (Heiterkeit.) Die Amtsbezirke, die wir vorschlagen, lehnen sich an die westfälischen und rheinischen an und haben mit den hannoverschen Amtmtern nichts zu thun. Auf sein Buch über Holland hat Miquel nicht Bezug genommen, weil er nicht zu denen gehört, die sowohl sie im Auslande etwas gelernt haben, dies nun auch sofort auf ihr Vaterland übertragen wollen. (Heiterkeit.) Die Debatte ist dazu benutzt, weit über den Amtshauptmann hinaus eine Rundschau über Staatsverfassung und Staatsverwaltung zu halten. Ich gehe darauf nur ein, weil das, was uns Herr Gneist aus England importiren will, anfangt, in der konservativen Partei zu wirken, da es weiter nichts ist, als der Gedanke, der diese Partei immer gekennzeichnet hat, nur in eine gelehrtere Sprache überzusetzen, der Gedanke nämlich: Wir wollen eine sehr starke bureaucratische Beamtenreihe, an der die Aristokratie mit starker Exekutivgewalt stark beteiligt sein soll. (Widerspruch rechts.) Aber Herr Tweeten hat längst in unserer Befreiungen für unmöglich erklärt, daß die liberale Partei dieser Art von Selbstverwaltung zustimmen könnte. Hr. Gneist sagt: die moderne Gesellschaft konstituiert sich durch Wahl eines Parlaments; dieses ernennt den Minister, welche die Beamten kontrollieren. Wir haben aber immer gegen eine Verfassung gefeiert, die an der Spitze die Vertretung des Volkes trug, am Ende aber die Bureaucratie. Solche Verfassung mag in Frankreich möglich sein, aber wie haben uns gegen französische Zustände immer geschrägt. Gerner sagt Hr. Gneist: Ihr wollt Selbstverwaltung, aber Ihr wißt nicht, was Selbstverwaltung ist, das weiß man selbst in England nicht mehr. Das sollte Hr. Gneist nicht uns, sondern den jungen Leuten sagen, die er zu unterrichten hat. (Heiterkeit.) Wir sind die Vertreter des Volkes und haben die Geseze zu machen, wie wir sie verstehen, nicht wie Hr. Gneist allein sie versteht. Ich habe Jahre lang in England gelebt und die dortigen öffentlichen Rechtszustände studirt. So legitimirt, erklärt ich Hr. Gneist, daß das, was er als Grundprinzip der englischen Selbstverwaltung in Anspruch nimmt, daß die Polizei durch die Richter

die härteste Schule. Zu wichtig jedoch für unser modernes Gesamtleben sind die geschäftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen, als daß sie auf der Tagesordnung der Frauenschule hätten fehlen dürfen. Und vergeblich wohl hätten wir in den Reihen unserer begabtesten Männer eine für dies Gebiet hervorragendere Kapazität gesucht — als Schulze Delitzsch.

Es steht uns nicht zu, durch unter Urtheil den Ruhm eines Mannes vergrößern zu wollen, dem die Unsterblichkeit gesichert ist. Nur des unvergänglichen Eindrucks wollen wir gedenken, der hinreichenden Gewalt, mit welcher es ihm gelang, Interesse, ja Begeisterung für einen Gegenstand zu wecken, der anscheinend dem weiblichen Geschlechtskreis noch fern lag. Unter dem lebendigen Zauber seiner Darstellung gewannen die trocknen Formen Leben und Inhalt, und es läßt sich nicht absehen, wie nachhaltig dieser erste mächtige Impuls nach einer neuen Richtung der Frauenbewegung auf die Geister fortwirken wird. Es hieße, ein organisches Gefüge zerreißen, wollten wir es versuchen, mit unbefugter Hand Bruchstücke aus dem Referat zu entnehmen. (Wir weisen auf das sachliche Material in den stenographischen Berichten hin.) Den einen Gedanken nur wollen wir hier fixiren: es ist das materielle, das geistige, das sittliche Kapital, welches der Redner als Grundbedingung des Genossenschaftswesens hinstellt und das gleichsam den Werthmesser geben soll für die Genossenschaftsberechtigung der Frauen. Nachdem er jede dieser Bedingungen in solchem Sinne geprüft, schließt er mit den warmherzigen Worten:

"Sie haben die Güte gehabt, den heutigen Vortrag von mir zu verlangen. Das könnten Sie von jedem, der damit bekannt ist. Aber, meine hochgeehrten Damen, ich stehe Ihnen noch in anderer Eigenschaft gegenüber — als erwählter Amtswart der deutschen Genossenschaften, als deutscher Volksbeamter! — Und ich fühle mich in der vollen Würde dieser Stellung, wenn ich Ihnen sage: Wir werden Sie in unsere Reihen aufnehmen mit dem freudigsten Willkommen!! — Wir haben die Bahn gebrochen, wir sind eine Macht geworden. Auf diese geeignete Bahn, meine hochverehrten Damen, wollen Sie auch jetzt einlenken, und ich darf Ihnen im Namen der Männer, die ich vertrete, ich darf Ihnen an der Spitze einer Organisation, wie sie kein anderes Kulturvolk aufzuweisen hat, als wir in Deutschland — ich darf Ihnen sagen: Sie werden als Ebenbürtige von uns aufgenommen werden. Und wir Alle, wir werden meinen: Wenn die Frauen mit der ewigen Grundlage ihres Wesens, dem untrüglichen sittlichen Urtheil zu uns treten, dann haben wir eine Garantie mehr für die sittliche Berechtigung unserer Bewegung gewonnen und damit für die Durchführung unseres Werkes!"

Nach solcher Sprache, in solcher erhabener Stimmung war eine Debatte unmöglich. Lang anhaltender Beifall verkündete dem Redner den mächtigen Widerhall seiner Worte in den Herzen der Frauen.

Hermine.

Munzinger.

Über die letzten Schicksale Munzingers und insbesondere den Mordfall, der ihn auf ein langes Krankenlager gestreckt hat, finden sich eingehendere Nachrichten als die bisher bekannten in mehreren Briefen des Kon-

nicht kontrolliert werden dürfen, eine so exorbitante Behauptung ist, daß ich glauben möchte, ich habe mich verhört. Es verfehlt unter Selbstregierung eine Verwaltung, die von Beamten ausgeübt wird, die vom Könige ernannt sind. In England giebt es aber eine ganze Zahl von Beamten, die frei gewählt sind und doch an der Selbstverwaltung teilnehmen, z. B. die Friedensrichter, deren Institut zudem mit der Zeit so konsolidirt geworden ist, daß Absezung fast unerhört sind. Ich weiß nur von einem solchen Falle; ein Friedensrichter hatte gegen einen Landmann, der am Sonntag geerntet hatte, ein antiquires Gesetz über die Sonntagsfeier zur Anwendung gebracht. Das regte die ganze Presse und öffentliche Meinung so auf, daß die Absezung erfolgte. Bei Absezung eines Mayr, der das offenkundige Hochverrats befehligt war, bedurfte es sogar einer Parlamentsakte! Wollen Sie solche Zustände auf ein Land übertragen, wo alle Voraussetzungen dazu fehlen? Der Zug der englischen Gesellschaft geht eben nicht so stark nach dem Gemeindeleben hin, wie bei uns, sonst würde sie nicht außerhalb der Gemeinde künftig ihre Exekutivbeamten gesucht haben. Hr. Gneist meint, die Rechtskontrolle, die wir antreten, hätten wir vor 100 Jahren gehabt, aber sie habe sich nicht bewährt. Lider! Wir hatten sie noch vor 60 Jahren; aber sehr wohlmeinende Staatsmänner, die aus Reformen gingen, nahmen französische Zustände zum Vorbilde und aus dieser Importirung einer fremden Waare stammt die heutige Verdunkelung unseres Rechtslebens. Dadurch belehrt, verweigern wir die Annahme dessen, was man uns als englisches Muster bietet. In unseren Städten haben wir uns auf der Grundlage der Selbstverwaltung zu voller Zufriedenheit des Landes entwidelt. Die Selbstverwaltung knüpft an die Gemeinde an und wenn das nicht schon vor 60 Jahren eingesehen ist, lag es einfach daran, daß damals in unseren Gemeinden die Selbstständigkeit noch nicht so weit ausgebildet war, wie heut. Es ist falsch, wenn Sie sagen, die Gesetze müssen sich naturnäher entwickeln. Gesetze entwickeln sich überhaupt nicht, wohl aber die materiellen Grundlagen zu denselben. Diese Grundlagen sind jetzt in unserem kräftigen, naturnäher entwickelten Bauernstande vorhanden, aber die Gesetzgebung ist weit zurückgeblieben hinter dieser Entwicklung des Volkes. Sie nach einer Seite hin dieser Entwicklung entsprechend zu gestalten, haben wir in unseren Anträgen versucht. Welche Organisation bedürfen wir nun auf dem Lande? Statistische Zahlen über die ländlichen Verhältnisse sind uns von der Regierung verweigert. Einer unserer Freunde hat deshalb von 15 Kreisen selbst eine Statistik gemacht, durch deren Gesamtüberblick es uns möglich wird, daß wir doch mehr wissen, als alle Ihre Landräthe nach rechts, von denen jeder nur seine eigenen Erfahrungen vorträgt. (Heiterkeit.) Diese Statistik zeigt, daß wir wirklich Gutsbezirke haben, die nicht im Stande sind, den Anforderungen zu entsprechen, die wir an eine Kommune stellen. Wir haben in diesen 15 Kreisen 39 Gemeinden unter 50 Einwohner, 109 unter 100, 246 unter 200; 303 unter 500; 328 unter 500 bis 1000 und 160 Gemeinden über 1000 Einwohner; 20 Gemeinden haben unter 50 Thlr. Grundsteuer-Reinertrag; 50 unter 100 Thlr.; 96 unter 200 Thlr.; 89 unter 300 Thlr.; 148 unter 300 bis 500 Thlr. und 571 über 1000 Thlr. Die kleinste Gemeinde hat 2½ Morgen Land und 1,04 Thlr. Grundsteuer-Reinertrag. Ich frage Sie, können solche Berggemeinden irgend welche öffentlichen Leistungen übernehmen? Mit den Gutsbezirken verhält es sich ganz ähnlich. Wir haben uns damit einverstanden erklärt, die Organisation auf dem Lande mit der Kreisordnung zu beginnen. Die Regierung selbst hat aber zugestanden, daß gewisse Züge aus dem Gemeindeleben in dieselbe mit aufgenommen werden müßten. Sie will hier die Frage der ländlichen Polizeiverwaltung lösen; wir sind darauf eingegangen, haben den Gedanken weiter verfolgt und in unseren Anträgen den logischen Schluss derselben vorgelegt. Geschäfte, die dem Amtsbezirk, wie wir ihn vorstellen, übertragen werden können, giebt es schon jetzt zahlreiche: vor Allem die Kontrolle über die Polizeikosten, wodurch die Kosten selbst nicht vermehrt werden; sodann das Recht der Wahl, auf das wir nicht verzichten werden, die Konzessionsertheilung zu Schank- und Gastwirtschaften. Diese kommunalen Funktionen werden sich bedeutend vermehren, sobald nur erst stärkere Gemeinden vorhanden sind. Was die Zusammensetzung der Vertretung betrifft, so ist unser Vorschlag so gemäßigt, wie nur je einer gewesen ist. Darauf findet auch dieser Punkt bei Ihnen (rechts) keinen Anhang. Hätten wir gesagt: Gutsbezirke und Gemeinden sollen alle gleich vertreten sein, so hätten Sie und nach Ihrer Gewohnheit den Vorwurf der Schablone gemacht; jetzt, wo wir die ganz kleinen Gemeinden von der Vertretung ausschließen und also Unterschiede machen, sagen Sie: die Worte sind zu künstlich. Freilich, wie ein Roman von Spielbogen leben sich Anträge nicht! (Heiterkeit.) Wir haben die Überzeugung, Ihnen eine Organisation anzubieten, auf die jede konservative Partei eingehen kann; denn sie beruht vollständig auf dem Prinzip der Gemeindebildung, d. h. auf dem Prinzip der Rechtskontrolle. Die liberale Partei ist über die Frage der Rechtskontrolle ebenso einig wie über die der Selbstverwaltung, und ist der Flug der Geister auch noch nicht in allen Punkten im rechten Zuge, so wird er doch in der nächsten Zeit sein. (Beifall.)

Der Minister des Innern: Der Amtshauptmann ist ein Kind der Abneigung gegen die gutsherrliche Polizei. Von allen Seiten sind die Nachtheile derselben hervorgehoben worden. Gegen Bureaucratismus und bezahlte Beamte an deren Stelle erklärt sich ebenfalls jede Seite des Hauses, der Wunsch nach Selbstverwaltung gilt als ein berechtigter und weit verbreiteter. Es kam also darauf an, wenn man die letzte Institution aufgibt, was man an ihre Stelle setzt. Ich muß nun Hr. Lasker zugeben, daß es ein naturgemäher Gedanke ist, die Funktionen der gutsherrlichen Polizei auf die Gemeinden abzuwälzen. Aber er selbst gibt zu, daß

sular-Agenten Hassen in Massaua an den Missionar Staiger in Alexandria, aus welchen die Karlsruher "Warte" folgendes mitteilte: "In der abessinischen Provinz Bogos unterstützte Munzinger, wie alle Civilisations-Befreiungen, so auch die dortige katholische Mission der Lazaristen mit größter Aufopferung. Er selbst baute sich zu Keren, dem Hauptorte des Bezirks, ein Wohnhaus und ließ zum aufstrebenden Beispiel für die Eingeborenen allenhalben Kulturarbeiten vornehmen. Er erwarb sich dadurch die Freundschaft des abessinischen Fürsten Welda Mikel, der ihn zu sich einlud, um ihm Keren als eigen zu geben und zugleich die Statthalterschaft über Bogos zu verleihen. In seiner beschiedenen Weise machte Munzinger wenig Aufsehen damit, ging sofort an die Organisation der nördlichsten Verwaltungs-Einrichtungen derselben und trat am 28. September, v. J. die Rückreise auf seinen Konsulatsposten nach Massaua an. Etwa drei Stunden von Keren traf ihn ein Überfall von Eingeborenen, vier Kugeln verwundeten ihn schwer am rechten Arme, der rechte Schulter, in der rechten Brust und durch das Gehäuse trafen ihn die Verwundete noch die Kraft und die Energie, zu Pferde in das Keren zunächst gelegene Dorf zurückzukehren, wo er übernachtete. Am andern Morgen kamen Leute aus Keren in großer Zahl, welche das Mitteldorf hergeführt hatte und welche den schwer Leidenden mit ungemeiner Sorgfalt so zu sorgen auf den Händen wieder mit sich heimtrugen. Als am 3. Oktober die Nachricht hiervon in Massaua ein

diese in ihrem augenblicklichen Zustande nicht geeignet sind, auch eigene Polizeibezirke zu bilden; er schlägt daher vor, zu diesem Zwecke Samtgemeinden in das Leben zu rufen und diese zu Trägern der Polizei zu machen. Wäre eine solche Bildung von Samtgemeinden eine naturgemäße Entwicklung, dann könnte man allenfalls seinem Vorschlag Recht geben, es ist ja auch noch nicht gesagt, ob da, wo jetzt solche Samtgemeinden bestehen, in Westfalen und Rheinland, sie nicht fortbestehen sollen. Ich befürchte nur, und die Majorität dieses Hauses wird mir darin bestimmen, daß eine zwangsläufige Einführung solcher Samtgemeinden naturnäher ist, und damit fallen alle Deduktionen des Hn. Lasker. Ist es also nicht ausführbar, den Gemeindevorstand zum Träger der Polizei zu machen, so hat man nach anderen Trägern derselben suchen müssen, und die Regierung hat geglaubt, diese in den Amtshauptleuten zu finden, d. h. in solchen wohlwütigen geachteten Männern des Kreises, welche auf den Vorschlag des Kreises hin ihr Mandat vom Könige empfangen. Die Bedingungen, unter denen die Amtshauptmannschaft ins Leben treten soll, sind in der Vorlage formuliert, aber doch nicht so, daß die Regierung diese Bedingungen für die einzige mögliche hielt und nicht auch eine andere Abgrenzung der Amtsbezirke, eine andere Stellung der Amtshauptleute, andere Befugnisse derselben wenigstens für zulässig hielt. Es kommt ihr zunächst darauf an, daß das Haus den Gedanken an und für sich billigt und ihn nicht deshalb von der Hand weist, weil er nicht ein gewählter Beamter ist. Ich halte den Gedanken fest, daß es sich hier um Beamte handelt, die nicht dazu da sind, ökonomische Verhältnisse zu regulieren, sondern welche staatliche Funktionen versehen, daß sie die Eigenschaft gebildet haben und geachteter Leute als Vorbedingung mit sich bringen, daß sie zugleich aber in der Ausübung ihrer Funktionen vollständig auf gleiche Linie gefestigt werden mit den lgl. Beamten, daß sie die gleiche Autorität haben und ihnen, wie sich der Abg. Gneiß ausdrückt, unter Umständen Konkurrenz machen können. Es ist das kein von Außen importierter Gedanke; er ergibt sich vielmehr von selber, wenn man ein sieht, staatliche Beamte in solcher Anzahl nicht mehr anstellen zu können; die Bevölkerung muß, wie militärdienstpflichtig, so auch civildienstpflichtig sein. Dabei gab nur die Frage zu bedenken Anlaß, ob auch das nötige Material von Personen vorhanden sei. Aber ich gebe mich dem festen Glauben hin, weil alle diejenigen Leute, die im Stande sind, darüber in Urtheilen, mich von allen Seiten versichert haben, es werde der Fall sein. Was die Amtsbezirke anbelangt, so brauche ich nicht zu entwickeln, welche Gründe maßgebend gewesen sind, um im Gesetze die Amtsbezirke als feststehend hinzufügen. Es geschah das im Interesse des Publikums. Ich verkenne aber keineswegs, daß die Abgrenzung der Amtsbezirke mit der Frage, ob Material zu finden ist, in engem Zusammenhang steht, und ich werde in dieser Beziehung jeden akzeptablen Vorschlag gern akzeptieren. Sie knüpfen Ihre Zustimmung an die Bedingung der auf ein Minimum zu reduzierenden Kosten. Welches Interesse sollte die Regierung haben, die Kosten über Gebühr zu steigern? Das wäre frivol. Wesentlich der Kosten und der Personenkosten sind die Motive gewesen, welche die Regierung bestimmt haben, verhältnismäßig große Bezirke anzunehmen. Sind sie der Ansicht, daß bei kleineren Bezirken die Auswahl der Personen leichter und die Höhe der Kosten geringer sein wird, so hat die Regierung nichts dagegen zu erinnern. Sie verlangen ferner für den Amtshauptmann die absolute Sicherung der ehrenamtlichen Stellung; das verlangt die Regierung auch; wollen Sie zu dem nach dieser Richtung in der Vorlage schon Geboten noch Supplamente hinzufügen, so wird die Regierung dem nichts entgegenstellen. Ich halte aber zu den Bedingungen dieser Stellung auch die königliche Ernennung für unumgänglich. Ich glaube, daß diejenigen Herren, welche sich dazu eignen und bereit sind, die Stellung eines Amtshauptmanns anzunehmen, die königliche Ernennung als Grundlage ihrer Tätigkeit vorziehen werden, ich glaube aber auch außerdem, daß, um ihre Stellung zu charakterisieren, um sie eben zu königlichen Beamten zu stempeln, wettinisch die königliche Ernennung gehört; dadurch erlangen sie auch erst die gleiche Stellung mit den königlichen Beamten, dadurch erlangen sie erst den Stempel des mit voller Autorität ausgestatteten Beamten, und ich kann versichern, daß nur aus diesem Grunde die Regierung einen besonderen Werth auf diese Bestimmung legt, daß ihr jedes Wehrtrauen gegen die aus Wahl hervorgegangenen Beamten fern liegt. Bei Errichtung einer neuen Institution soll man sich nicht vom Wehrtrauen leiten lassen. Wie sollt auch die Regierung zu der Ansicht kommen, es würden im Falle der Wahl nur unfähige und regierungseindirekte Personen gewählt werden? Mit welchem Rechte aber kommen andererseits Sie dazu, zu glauben, daß aus einer vom Kreistage vorgelegten Liste nur solche Leute herausgewählt werden, die dem Kreise am wenigsten die genehm sind? Was das Ammentum Miquel anbelangt, so bitte ich die Herren, die Träger des derselben zu bedenken. Jedem in dem Gesetze ausgesprochenen Swange zur Zusammensetzung von Samtgemeinden werden sich die Gemeinden mit aller Macht widersetzen. Sie wollen erst die Form schaffen und abwarten, ob sich dieselbe füllen wird. Aber m. H., man baut nicht eine Biegelei, indem man hinterher sagt, ich will doch einmal sehen, ob Lehns darunter ist. Was mich gegen die Samtgemeinden und Amtsverbände namentlich misstrauisch macht, ist der Umstand, daß meiner Erfahrung nach Amtsverbände und Kreisverbände sich immer mehr oder weniger gegen seitig austauschen werden. Blüht der eine lebendig auf, so wird der andere dadurchlahm gelegt. Für die östlichen Provinzen aber ist es gewiß richtig, den Schwerpunkt in die Kreisverbände zu legen. — M. H.! Die Ansichten über diese ganze Materie gehen vor der Hand noch sehr weit auseinander, aber ich hoffe doch die Möglichkeit einer Vereinigung (hört!), vielleicht mit einer kleinen Majorität, das ist wahr und ist zu beklagen, aber, wenn eine große nicht zu haben ist, dann muß man sich mit einer kleinen behelfen (Heiterkeit). Jedenfalls ist das, was hier eine kleine Majorität im Verein mit dem anderen Hause und der Regierung zu Stande bringt, lebensfähiger, als das, was Sie (nach links) mit eben so kleiner Majorität umwerfen. Und Alles zusammen gerechnet haben doch das Herrenhaus und die Regierung zusammen ein größeres Gewicht, als diese Seite des Hauses allein. M. H.! Wir haben alle Veranlassung, wenn irgend möglich, das Gesetz noch in dieser Sessjon zu Stande zu bringen. Wann soll es sonst je zu Stande kommen? Wir haben im Oktober angefangen zu berathen, das Budget ist so schnell wie irgend möglich zu Ende gebracht, ein Paar durchaus dringende Gesetze daneben. Nun heißt es schon jetzt wieder: das Gesetz ist in dieser Sessjon nicht zu vollenden. Das muß sich ja in jeder Sessjon wiederholen. Sie werden wahrscheinlich von mir verlangen, daß ich im nächsten Jahre noch eine Provinzialordnung und wo möglich auch eine Gemeindeordnung Ihnen vorlege. Damit wächst die Unwahrscheinlichkeit, daß etwas zu Stande kommt. Kleinereits können Sie auf jedes Zusammenwirken in dieser Beziehung rechnen. Wenn wir in dieser Sessjon fertig werden, wird auch der Kreis der gegenwärtigen Streitpunkte gewaltig verengt, wir erlangen eine Basis, die nicht mehr streitig ist; was weiter kommt, wird der Streitpunkte weit weniger bieten. Gegenüber den in den Zeitungen vielfach aufstehenden Gerüchten, als ob ich die Absicht hätte, die Kreisordnung zurückzuziehen, kann ich nur versichern, daß die Staatsregierung den größten Werth darauf legt, daß die Kreisordnung noch in dieser Sessjon zu Stande kommt.

Abg. v. Brauchitsch (Glatau): Hr. Lasker glaubt sich die Erfahrungen des Landrats dadurch zu verschaffen, daß er die Erfahrungen von hundert Landräthen studirt, aber dadurch wird er nicht so klug, wie diese hundert, sondern noch nicht einmal so klug, wie einer. (Sehr richtig, rechts). Die Behauptung Laskers, er wolle an die alten preußischen Traditionen anknüpfen, sei nichts, als eine Phrase; die Institutionen, welche er und Miquel vorgeschlagen, seien durchaus neu. Eine Lebensfähigkeit des Amtsbezirks wäre nur möglich, wenn sich dieselben decken mit den durch materielle Interessen bestimmte und fest abgegrenzte Kirchen-, Schul- und Armenbezirken, das läßt sich aber nicht durchführen. Redner schließt mit der Beschwörung an aller besonnenen Männer, die Ammentum abzulehnen.

Abg. v. Hoverbeck: Nach den Ausführungen des Abg. Lasker, mit dem ich vollkommen übereinstimme, kann ich mich auf eine Erwiderung gegen die beiden letzten Redner befragen. Wenn der Herr Minister trotz unserer vielfachen Erklärungen des Gegenthals wieder behauptete, wir forderten die Bildung von Samtgemeinden, so weiß ich wirklich nicht, wie ich dies in einer für ihn angenehmen Weise bezeichnen soll. Unmöglich kann ich annehmen, daß er gegen besseres Wissen diesen im Lande unpopulären Anspruch unseres Vorschlags untergeschoben habe, mir bleibt also nur die Annahme übrig, daß er unseren Ausführungen nicht zugehört hat. Noch viel weniger ist unsererseits von einer zwangsläufigen Zusammensetzung zu Samtgemeinden die Rede gewesen; wir verlangten nur die Bildung größerer Bezirke, für welche die kleine Gemeinde leistungsunfähig ist. Daß wir diese Frage hier zum Ausdruck bringen müssten, liegt auf der Hand, da man es leider verfault hat, uns zuerst eine Gemeindeordnung vorzulegen, denn

diese Verhältnisse hätten geregelt werden können. Wenn der Herr Minister ferner in der Ernennung durch den König eine ausreichende Garantie für die Qualifikation der Beamten findet, so will er sich nur wieder, wie so oft, hinter dem Namen des Königs decken. Thatsächlich ernennet der gegenwärtige Minister, der dem Könige die betreffenden Vorschläge unterbreitet und der König setzt nur seine Unterschrift darunter. Die Regierung will, daß der Kreis eine Liste vorlegen soll, unter denen der König zu wählen habe. Wie groß diese Liste sein soll, ist nicht gesagt; wir wollen nichts weiter, als dieselbe auf einen Namen befrachten, dessen Bestätigung oder Nichtbestätigung dem Könige immer noch überlassen bleibt. Der Autorität der Krone treten wir durch unsern Widerspruch gewiß nicht zu nahe, da wir ja neben dem durch die Wahl bewiesenen Vertrauen der Bevölkerung auch noch die Zustimmung des Königs wollen; die Garantien, die wir verlangen, sind also nur ein Plus. Man sagt, politische Gründe würden auf dem Ernennung nicht maßgebend sein. Wie sollen wir Vertrauen zu einem Minister haben, der es selbst als seine Aufgabe proklamirt, die Fortschrittspartei niedergeschlagen, und dies Befreien in allen Ernennungen und Bestätigungen zu dokumentiren, und dies Vertrauen fordert man in einem Augenblick von uns, wo wieder die Nachricht von der Nichtbestätigung des einstimmig gewählten Bürgermeisters Tripp zu Solingen eintrifft? Der Minister plauderte gegen den Vorschlag des Abg. Miquel, weil derselbe zu großen Kosten verursachte; damit hat er aber nur gegen seine eigene Vorlage gepröft, denn die vom Abg. Miquel beantragte Organisation kostet nicht einen Silbergroschen mehr als die der Regierung. Wegen der Beschaffung der Kosten werden wir uns übrigens den Kopf nicht zu zerbrechen haben, vorausgesetzt, daß das Ministerium sein Wort hält. Dasselbe schuldet uns an Provinzialfonds viel mehr, als wir für die hier in Betracht stehenden Zwecke nötig haben. Der Minister ruft, was wird geschehen, wenn die Kreisordnung in diesem Jahre noch nicht zu Stande kommt? Nun, dann nehmen wir sie im nächsten Jahre in hoffentlich verbesselter Auflage wieder vor. Ob dann der Herr Minister noch auf seinem Platze steht, weiß ich freilich nicht, jedenfalls gehöre ich nicht zu denen, die glauben, daß er so leicht von seiner Stelle amovibel sei. — Der letzte Redner hat unsere Ammentum bekämpft und darauf hingewiesen, daß wir von den Verhältnissen nichts verstehen. Miquel kennt nicht die östlichen Provinzen, Lasker nicht die Verhältnisse des platten Landes. Ich gehöre aber auch zu den Unterzeichnern, und auf mich paßt keiner der beiden ersten Einwände. Da meint der Vorredner, mir müßten die Zustände fremd sein, da ich ja einen großen Theil des Jahres in Berlin zubringe. Das lehrt mich auch um die ländlichen Verhältnisse zu kümmern und die Bedürfnisse der Bevölkerung zu lernen. Treffender hätte der Vorredner mir vielleicht eingeworfen, ich sei ein unpraktischer Mann. Das mag sein, denn wie könnte ich sonst auf solche Abwege gerathen, als Rittergutsbesitzer und noch dazu als adliger Rittergutsbesitzer, der sonst vielleicht eine recht schöne Karriere machen könnte, Demokrat zu werden. Dennoch, glaube ich, kann auch ein Demokrat von den Dingen, über die wir hier verhandeln, etwas verstehen, denn auch er macht die Augen auf und manchmal weiter als die Herren von der rechten Seite. (Lebhafte Beifall links.)

Der Minister des Innern: Wenn das Bestätigungsrecht gesetzlich festgestellt wird, so ist es selbstverständlich, daß es nicht unter der allseitigen Vorauseitung geschieht, daß davon niemals Gebrauch gemacht werden darf. Der Vorredner irrte übrigens, wenn er meint, daß dies der Kronen zustehende Recht tatsächlich nur vom Minister gehandhabt würde. Die Stellung Sr. Majestäts des Königs ist eine solche, daß er nur das Gutachten des Ministers einholt, sich aber stets die Entscheidung selbst vorbehält; in allen diesen Fragen tritt die persönliche Prüfung der Verhältnisse sehr bestimmt ein, dafür könnte ich Ihnen recht treffende Beispiele mitteilen. Was den speziell erwähnten Fall betrifft, so frage ich den Vorredner, was er in meiner Lage thun würde, wenn ihm der Regierungspräsident (Ruf: Kühlwetter) über den gewählten Kandidaten berichtet, daß derselbe für die Verwaltung der Stadt durchaus ungeeignet sei? Soll ich etwa sagen, die Nichtbestätigung ist mir gerade unbeliebt, man wird die Sache wieder in der Kammer vorbringen? Und selbst wenn ich es thäte, wenn ich die lieben Friedens wegen trog des Berichts die Bestätigung empfehlen wollte, so würde sie Se. Majestät doch unzweifelhaft verlangen. Ich bemerkte dies nicht, um mich hinter den Namen des Königs zurückzuziehen, sondern erkläre ganz offen, daß ich selbst die Nichtbestätigung beantragt habe. Um dies übrigens hier gleich zu antizipieren, teilte ich Ihnen mit, daß nächstens wieder ein ähnlicher Fall aus Preußen (Ruf: Maurach) zu Ihrer Kenntnis kommen wird, wo ich mich in derselben Lage, wie in dem vorher erwähnten, befand. (Beifall rechts.)

Die allgemeine Debatte wird mit einigen persönlichen Bemerkungen geschlossen; vor Alem verzahrt sich Abg. Gneiß gegen die Kritik, die von Seiten Laskers erfährt; er habe die Unkontrollierbarkeit der Polizei, gewalt keineswegs als Muster und noch dazu als das von England adaptierte Muster hingestellt, wie Lasker und die Berichte in den Zeitungen es ihm in den Mund legen und ihn dadurch der heftigsten öffentlichen Anfeindung ausgesetzt. Abg. Lasker vertheidigt, hr. Gneiß gestern ebenso verstanden zu haben, wie die Zeitungen referieren, die stenographischen Berichte einzusehen, sei er allerdings zwischen gestern und heute noch nicht in der Lage gewesen, und er würde sich freuen, wenn die in Riede stehende Anerkennung, die er selbst als eine exorbitante bezeichnet, sich als ein Verständnis erweisen sollte. Nichts sei ihm ferner als Herrn Gneiß als den Führer der konservativen Partei hinzustellen. Die Liberalen würden gegen Verlust nicht gleichzeitig sein. Abg. v. Hoverbeck bemerkte gegen den Minister des Innern, daß wenn er von den Präsidenten Kühlwetter und Maurach Anträge auf Nichtbestätigung erhielte, er sich nicht mit allgemeinen Redensarten begnügen dürfe, sondern Thatsachen verlangen müsse, um die Anträge zu begründen. Der Minister des Innern: Das ist auch geschehen. — Schlüß 2½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag. (Interpellation Berger, Antrag Eberly-Dunder betr. die Presse, Petitionen.)

### Parlamentarische Nachrichten.

Die Unterrichtskommission hat die Mühlische Vorlage, welche die Streichung der Verfassungsbestimmung über Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule verlangt, ohne Debatte abgelehnt.

### Lokales und Provinzielles.

Posen, den 20. Januar.

Auch Posen soll gewähr werden, daß wir in der Zeit des Gründungsfiebers leben. Kaum ist nach kurzem Bestehen die Posener Realkreditbank zum Tode verurtheilt worden, so verlautet von einem anderem Projekte, das sich, wie es heißt, als "Posener Bankverein" entpuppen wird. Als Kandidaten für den Direktorposten nennt man uns einen Herrn, welcher demnächst eine ähnliche Stellung aufgeben wird. Außerdem lesen wir in der "Gaz. Tor." von einem anderen Projekt. Der Direktor des Thorner Bankhauses hr. M. Lyskowksi, veröffentlicht nämlich in dem polnischen Blatte Thoras den Plan zur Gründung einer Kreditaktienbank in Posen. Die Tätigkeit dieses Instituts soll besonders darauf gerichtet sein, dem Landwirthe und dem Industriellen das nötige Betriebskapital für geringe Prozente zu verschaffen. Als Stammkapital einer solchen Kreditaktienbank, welche zugleich auch eine Hypotheken-Sparfasse mit sich vereinigen soll, scheinen dem Hr. L. 500,000 Thlr. zu genügen, welche durch Herausgabe von 2500 Aktien à 200 Thlr. zu beschaffen wären. Für sämmtliche Borschüsse resp. Anleihen soll jedoch höchstens 2 Proz. über das Diskonto der lgl. Banken gezahlt werden. Zum Schlüß spricht sich hr. L. dahin aus, der projektirte Kredit-Vank durchaus exklusiv polnischen Charakter zu geben. Die Exklusivität sei namentlich in Geldangelegenheiten eine Abnormität und nur das Produkt frankfurter Tendenzen. Dah in Grätz eine Diskonto-Gesellschaft aufzutreten, haben wir schon berichtet. Man wird also nicht mehr nötig haben, über Mangel an Banken in unserer Provinz zu klagen. Sie werden im Gegenthals immer zahlreicher werden, denn

wenn irgendwo, so ereignet es sich bei den Geldinstituten, daß aus der Asche neue Phönixe entstehen.

— **Ministerial-Entscheidung.** Nach einer im "Centralblatt der Unterrichtsverwaltung" mitgetheilten Ministerialentscheidung kann die Bestimmung über die "im Interesse des Dienstes" erfolgende unfreiwillige Versezung von Elementarlehrern auch erfolgen, wenn der Betroffene sein Amt vorwurflos veraltet und durch seine Leistungen die Gemeinde, wie die vorgesetzten Behörden befriedigt hat; sie kann erfolgen, weil "es höhere und weiter reichende Interessen des Dienstes giebt", welchen sich der Einzelne da, wo sie zur Geltung gebracht werden müssen, mit seinem persönlichen Interesse unterordnen hat.

— **Militärisches.** v. Wickede I., Premier-Lieut. vom westpreuß. Ulanen-Regiment Nr. 1, von seinem Kommando zur Dienstleistung als Inf.-Off. und Lehrer bei der Kriegsschule zu Neisse entbunden. Gr. v. Schmettow I., Sek.-Lt. vom pos. Ulanen-Reg. Nr. 10 zur Dienstl. als Inf.-Off. und Lehrer bei der Kriegsschule in Neisse kommandirt. Frhr. v. Stosch, Pr.-Lt. vom 2. Leib-Husarenregiment Nr. 2, als Adjutant zur 10. Kavallerie-Brigade kommandirt.

— **Das Institut der Heilgehülfen** betr. hat der "Kön. B." zufolge der Unterrichtsminister unter 27. v. M. den Regierungen und Landdrosten folgenden Erlass zugehen lassen: "Der Umstand, daß die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund des Instituts der Heilnehmer oder Chirurgengehülfen nicht erwähnt, enthält keine Nöthigung, dieses nützliche Institut fallen zu lassen, zumal die Gewerbeordnung nach § 6 auf die Ausübung der Heilunde überhaupt nur so weit Anwendung findet, als es in den dort alleinigen Paragraphen ausdrücklich bestimmt ist. Es kommt nur darauf an, das Institut der veränderten Gesetzgebung anzupassen, Aus der Freilegung der ärztlichen Praxis folgt, daß auch die Ausübung der kleinen Chirurgie Niemandem verwehrt werden kann. Da es aber nicht nur für Aerzte und Lokalbehörden, sondern auch für das Publikum von Wichtigkeit ist, zu wissen, ob derjenige, der sich mit kleinen chirurgischen Operationen, Desinfektionen u. dergl. beschäftigen will, auch die hierzu erforderliche Befähigung besitzt, so steht nichts entgegen, diejenigen Personen, welche sich über ihre Befähigung ausweisen wollen, nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen zu prüfen und ihnen, falls sie die Prüfung bestehen, ein Befähigungszeugnis auszufertigen, durch welches sie das Recht gewinnen, sich als geprüfte Heilnehmer zu bezeichnen. Von Erteilung einer Konzession und der Prüfung eines lokalen Bedürfnisses für die Ansetzung von Heilgehülfen ist dabei abzusehen. Dagegen ist in dem Befähigungszeugnis der Umfang der Befähigung genau zu bezeichnen und die ausdrückliche Voraussetzung, daß der Inhaber sich bei Ausübung seines Gewerbes streng innerhalb der Grenzen dieser Befähigung halten werde, mit dem Befürwortung ausgesprochen, daß ihm, bei Überschreitung dieser Grenzen, das Befähigungszeugnis und damit das Recht, sich als geprüften Heilnehmer zu bezeichnen, nach § 53 Alinea 2 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund abgerufen werden würde."

— **Die Grundstückerverteilung** im preußischen Staate gestaltet sich nach amtlichen Nachrichten folgendermaßen: Es kommen in runder Summe auf die Quadratmeile Flächen-Inhalt in den Regierungsbezirken Straßburg: 400 Grundbesitzer, Köslin 120, Bromberg 140, Posen 180, Frankfurt a. O. 200, Liegnitz und Breslau 250, in den Provinzen Westfalen 420, Hannover 450, Kassel 760, Rheinprovinz 950, Regierungsbezirk Wiesbaden 1000 Grundbesitzer.

— **Verkauf.** Das Skretetalsche Grundstück, Judenstraße 24, gerichtet abgeschäfft auf 11.351 Thlr., wurde in dem Subhaftstationstermine am 18. d. M. für 8500 Thlr. von Hrn. Hermann J. Silberstein gekauft. — Das Kasische Grundstück, Bergstraße 12, welches einen Mietbetrug von 1100 Thlr. bringt, war am 19. d. M. zur Subhaftstation gestellt, und war der Antrag auf dieselbe vor der ersten Preußischen Hypothekenbank zu Berlin ausgegangen. Doch gelang es, die zwischen der Bank und dem Besitzer schwedenden Differenzen auszugleichen und wurde demnach der Subhaftstationstermin aufgehoben.

— **o. Musikalisches.** Wie wir hören, wird am Freitag, den 20. d. M., Dr. Pianist Michael Herz, ein Schüler von Hans v. Bülow, im Bazar-Saal ein Konzert geben. Der Künstler, welcher sich hier in musikalischen Kreisen vielen Beifall erworben, ist von Leipzig aus so vorzüglich empfohlen, daß man von seinem Konzerte das Beste erwarten darf. Wir machen auf sein Spiel, das sich durch subtiles Anschlag wärmer Empfindung, und natürlich durch edles Maß auszeichnet, mit dem Bewerken aufmerksam, daß er auch als Komponist ein bedeutendes Talent bewiesen.

— **Ein Veteran** aus den Freiheitskriegen, der Schuhmachermeister Johann Szaster, feiert am 2. Februar d. J. in der hiesigen katholischen Pfarrkirche seine goldene Hochzeit.

— **Ein Kellner**, welcher in einer hiesigen Restauration seit 14 Tagen beschäftigt war, entfernte sich Montag Nachmittags mit Erlaubniß des Restaurateurs aus dem Geschäft und verirrte, Abends wieder zurückzufahren. Stattdessen brachte ein Bote einen Brief von ihm, in welchem er erklärte, er könne zu seinem Prinzipal, welcher ihn so gut behandelt und so viel Zutrauen zu ihm gegeben habe, nicht wieder zurückkehren; denn er sei bereits bestraft, und habe aufs Neue seinen Brodherrn bestohlen; für einen Theil des entwendeten Geldes habe er sich bei einem hiesigen Büchsenmacher ein Terzerol gekauft, mit welchem er sich erschießen wolle; wenn der Brief in die Hände seines Herrn gelange, lebe er nicht mehr. Sofortige Recherchen ergaben, daß der Verchwundene etwa 7 Thlr. entwendet und in Wirklichkeit bei dem Büchsenmacher ein Terzerol gekauft hatte. Doch wendete er dasselbe nicht dagegen an, um sich das Leben zu nehmen, sondern feuerte damit am Dienstag Nachmittags einer Frau auf der Wallstraße, mit welcher er früher ein Verhältniß unterhalten hatte, einen Schrotbüchse ins Gesicht. Mittwoch Nachmittag gelang es, den Kellner in einem Keller auf der Breslauerstraße zu verhaften.

— **In der Krouthalschen Möbelfabrik** brach Mittwoch Nachmittag 5 Uhr ein Schornsteinbrand aus, indem der Ruh in einem der 6 russischen Röhren, welche in den mittleren Schornstein münden, in Brand geriet. Doch gelang es, binnen Kurzem denselben zu löschen.

— **Der erste Maikäfer** dieses Jahres, der bestimmt von Zante Bock stets mit Freuden bewillkommen wird, wurde am Dienstag von Jemandem auf dem Alten Markt gezeigt. Das Thier, welches sich den Umständen gemäß recht mutig befand, wurde von einem Maikäfer-Liebhaber acquirirt.

— **Kobyllin**, 16. Januar. [Zur Rabbinerfrage.] Zu den alten Spaltungen in der hiesigen jüd. Gemeinde ist neuerdings die Rabbinerfrage als Brandfabel hingeschleudert worden, um den Parteien Veranlassung zu gegenseitigen Kränkungen zu geben.

Wechsel ausstellen. Dieser willigt auch ein. Anderen Tages erscheint nun der Herraths-Kandidat und Käufer in Begleitung eines Schreibers wieder und es werden Wechsel im Betrage von 349 Thlr. ausgestellt. Wie erstaunte aber der Aussteller der Wechsel, als er jüngst wegen der qu. Summe verklagt wurde. — Bei der am Sonnabend im Torn- und Toris'schen Forste abgehaltenen Jagd wurden 109 Hirsche und vier Rehböcke geschossen.

**Schroda.** 18. Jan. [Jahrmarkt.] Unser vergangener Jahrmarkt wurde von gutem Wetter begünstigt, und war außerordentlich zahlreich besucht, so daß Käufer und Verkäufer ihre Rechnung gefunden haben. Es war besonders ein großer Auftrieb von großem, mittlerem und kleinem Schwarzwild (Schweinen), aber zu hohen Preisen, vorhanden und wurden besonders die Herde von 10 auswärtigen Händlern aus Schlesien und Brandenburg aufgekauft. — Seit einiger Zeit werden hier selbst Klagen von Händlern laut, daß Verkäufer verschiedener Getreidearten, welche mit Sandgängen vermischt sind, benachrichtigt werden, indem sie auf den Speichern sogleich ihre Getreidesäcke auf die dort vorhandenen Getreidehäuser ausschütten und dadurch eine etwaige Recherche sehr erschweren.

**Schwerin a. W.** 17. Januar. [Goldene Hochzeit. Landwirtschaftliche.] Am 11. d. feierten die Kaufmann Samuel Selloischen Eheleute hier selbst ihre goldene Hochzeit. Außer sieben Kindern, 18 Enkeln und Urenkeln brachten Verwandte von Nah und Fern dem würdigen, noch sehr rüstigen Jubelpare (der Gatte zählt 77, die Gattin 70 Jahre) ihre Glückwünsche dar. Auf den Wunsch desselben unterblieb der religiöse öffentliche Alt in der Synagoge und beschränkte sich die Feier nur auf den engen Familienkreis, weil der Schmerz über den unlangst verstorbenen Sohn, welcher der Chef des Hauses war, den freien Eltern noch in zu frischer Erinnerung lebt. Ein alten Jugendfreund des Jubilars, der gleichfalls hier erschien, erzählte bei seiner Rückreise über Landsberg, wo er Abends noch mit seiner Schwester in heiterer Laune eine Partie Schachspiel, plötzlich der Tod. Es durfte nicht unerwähnt bleiben, daß dies im Beitraume eines Jahres in unserem Orte die dritte goldene Hochzeitsfeier war. — In der Sitzung des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins, die in voriger Woche stattfand und zahlreich besucht war, machte der Vorsitzende die Anwendungen zunächst mit einem Anschreiben bekannt, wonach die kgl. Staatsregierung den landwirtschaftlichen Vereinen Geldunterstützungen zuwenden will, jedoch unter der Bedingung, daß solche die Jahresrechnung einzuenden und zugleich den Nachweis zu führen hätten, welche Resultate ihre Thätigkeit gebracht habe. Man kam nach längeren Erörterungen über diesen Gegenstand zu dem Besluß, die Prämierung der Mutterstutzen beizubehalten und die Subvention der kgl. Regierung zur Förderung des Futterbaues unter den kleinen Leuten zu verwenden. Hierbei wurden mehrere konkrete Beispiele angegeben, die den erfreulichen Beweis liefern, daß die kleinen Landbesitzer in diesem Distrikte zwar nur langsam, doch immerhin den modernen und wissenschaftlichen Prinzipien, ihr Land zu bauen, nachfolgen. Demnächst wurde eine vom Seelower Verein eingegangene Petition an das landwirtschaftliche Ministerium verlesen, worin dasselbe ersucht wird, auf dem Wege der Gesetzgebung gegen die Einschleppung resp. Weiterverbreitung der so gefährlichen Blaule und Blauleuse einzuschreiten, deren Ursachen hauptsächlich den aus Polen kommenden Viehherden beizugeschrieben wären. Die Anwesenden stimmten dieser Petition bei und unterschrieben dieselbe mit der Erklärung, in der Sache selbst weniger spezielle Anträge formulieren zu wollen. — Ein Schreiben des Professors Grunert, Dozenten an der Akademie zu Proslau, erachtet den hiesigen Verein um Bodenproben in verschiedenen Exemplaren, um solche chemisch zu untersuchen und als Unterrichtsstoff zu benutzen; er verpflichtet dafür, die Resultate seiner Analyse dem Verein zuzusenden. Es wurde beschlossen, auf Kosten des Vereins diese Proben nach der gegebenen Anweisung einzusenden. Schließlich stellte Dr. Hauer den Antrag, bei dem Landw. Centralverein anzurufen, inwieweit es demselben gelungen sei, auf den Wunsch der Einzelvereine dahin zu wirken, daß die katholischen Feiertage, wo es ohne Beeinträchtigung des Gewissens thunlich sei, auf die Sonntage verlegt würden, wie dies bereits in Schlesien, Bayern, Italien u. c. geschieht. Dem Antrag des Hrn. Gubalte, die Annalen der Landwirtschaft nebst Monatsheften auch diesem Verein unentgeltlich zu verschaffen, wurde ebenfalls zugeschimmt. Wiederum wurden 2 neue Mitglieder in den Verein aufgenommen.

**Bromberg.** 18. Jan. [Vereins- und Gesellschaftsleben.] Am 7. Juni wird der hiesige landwirtschaftliche Verein sein 25jähriges Bestehen feiern. Die morgende Tagesordnung bringt folgende wichtige Fragen: 1) Wie läßt sich das Genossenschaftsprinzip zur Förderung der Vereinszwecke verwerten? 2) Welche Rindvieharten empfehlen sich zur Einführung in unserer Gegend bei Einrichtung von Molkereien? 3) Zu welchen Erwartungen für die nächste Ernte berechtigt der Stand der Saaten? 4) Haben die Erträge der Lupinen bei wiederholtem Anbau auf denselben Feldern schon nachgelassen? 5) Welcher Dünger ist thürer, der gebräute oder der aus gebräutem Futter gewonnene Dünger. Der technische Verein hat in seiner letzten zehnten Monatssitzung u. d. folgendes verhandelt: G. Mathäus empfahl die Zweckmäßigkeit einer Gewerbeschule in Bromberg. Dr. Justizrat v. Graddel sprach über reflektirtes Licht und dessen Nutzbarmachung. Dr. Dr. Stürmer erzielte wie ein geladenes Gewehr beim Abschließen zerspringt, wenn die Mündung mit einem leichten Propfen verschlossen ist. Die Herren Blumwe und Th. Wulff empfehlten eine vortheilhafte Neigung der Spatzen bei Wagenrädern. Dr. Dr. Höfler referierte über Grundbildung und Dr. Tischlernstr. Menning erklärte, wie das Auschwärmen von Möbeln vermieden werden kann. — Ein neuer Verein, der sich für Künste und Wissenschaft interessirt, ist im Entstehen. Neben den Namen des Kindes ist man in der letzten Sitzung noch nicht schlüssig geworden. Das Statut ist oberflächlich beschlossen und zu Vorstehern die Herren: Redakteur Mr. Heinkel, Gymnasiallehrer Braun und der prakt. Arzt Dr. Brock gewählt. — Die Gesellschaft "Sine cura" gab am 15. d. M. einen Maskenball, der recht hübsch ausgefallen ist. Die beliebten Mönchs kostüme waren äußerst zahlreich vertreten. Alle unsere Maskenbälle zeichnen sich dadurch aus und würden wohl künftig besser "Mönchsball" genannt werden. Künftigen Monat arrangiert die Schützengilde einen Maskenball. Seitens der Polen soll am 15. Febr. im neuen Schützenhaus ein großartiges Ballfest stattfinden. Die Gesellschaft "Club" veranstaltet Sonnabend den 22. eine Soiree, bei der das Lustspiel: "Der König von gestern" und das Liederspiel: "Singvögelchen" zur Aufführung kommen. Seitens der Liedertafel und Sine cura sollen künftigen Monat auch einige Konzert-Aufführungen stattfinden. — Nachdem der Dir. Geheimrat Bromberg verlassen, hat die Direktion des Stadttheaters auch das Varieté-Theater übernommen, so daß unser Direktor mit Thorn jetzt drei Theater, und zur größten Zufriedenheit des Publikums, leitet. Zur Zeit gastiert ein ausgezeichnetes Tänzerpaar hier.

**Znowraclaw.** 16. Januar. Der Etat der Kreiskommunal-Kasse für 1870 ist vom Kreistag am 18. Dezember 1869 angenommen worden. Er wurde in Einnahme und Ausgabe auf 160,500 Thlr. (davon 32,900 Thlr. Extraordinarium) normirt. — Auch hier ist ein toller Hund erlegt und sind deshalb die bekannten Polizeimäßigkeiten angeordnet worden.

**Wongrowitz.** [Kommunales.] \*) Dass die Verhältnisse unserer Stadt, und zwar in jeder Beziehung, zu den besseren gehören und

sich von Jahr zu Jahr immer vortheilhafter gestalten, möge der nachfolgende statistische Ausweis speziell darthun: Nach den bei Aufnahme der Klassenstein-Veranlagung gemachten Ermitelungen stellte sich die Bevölkerung von Wongrowitz pro 1859 auf 4063 Seelen, pro 1870 auf 4101. Verbrechen von Bedeutung sind nicht vorgekommen; polizeiliche Strafverfügungen sind in 193 Fällen erlassen. Die städtische Polizeianwaltschaft hat in 70 Fällen Anklagen erhoben. Im Laufe des Jahres 1869 fanden hier 7 Brände statt, von denen keiner eine besondere Bedeutung hatte. Der Gesundheitszustand unter den Menschen war in diesem Jahre ziemlich befriedigend. Das in Wongrowitz wohnende Sanitätspersonal besteht aus 3 Arzten, 1 Heilgehilfen und 6 Hebammen. Die für das Jahr 1869 veranlagte Klassensteuer beträgt 2782 Thlr. 15 Sgr.; sie betrug pro 1868 2486 Thlr. 15 Sgr., mithin pro 1869 9 2/3 Thlr. mehr. Die klassifizierte Einkommensteuer beträgt 9 2/3 Thlr.; sie betrug pro 1868 774 Thlr. mithin pro 1869 136 Thlr. mehr. Die Grundsteuer pro 1869 beträgt 191 Thlr. 14 Sgr. 1 Pf.; sie betrug pro 1868 185 Thlr. 13 Sgr., mithin pro 1869 6 Thlr. 1 Sgr. 1 Pf. mehr. An Gebäudesteuer findet pro 1869 847 Thlr. 25 Sgr. zum Soll gestellt, wogegen pro 1868 786 Thlr. 22 Sgr., mithin pro 1869 61 Thlr. 4 Sgr. mehr. Die von den Gewerbetreibenden zu zahlende Gewerbesteuer betrug nach der Veranlagung pro 1869 1491 Thlr.; im Jahre 1868 betrug dieselbe 1448 Thlr., mithin pro 1869 43 Thlr. mehr. An Provincial-Anstalten- und Kreiscommunal-, sowie Chausseebau-Beiträgen hat die hiesige Stadt für das Jahr 1869 1480 Thlr. aufbringen müssen; pro 1868 betragen diese Beiträge 1500 Thlr., mithin pro 1869 weniger 70 Thlr. Bei der Provincial-Feuerwehr hat die Gebäude von Wongrowitz mit 459,550 Thlr. verichert; pro 1868 betrug die Versicherungssumme 409,575 Thlr.; die Versicherungssumme ist sonach pro 1869 um 54,075 Thlr. gestiegen. An Beiträgen sind 1869 1 Thlr. pro 1868 bezahlt; pro 1868 betragen dieselben 1803 Thlr., mithin pro 1869 31 Thlr. mehr. Niedrlassungen haben pro 1869 in 65 Fällen, und zwar von 8 hiesigen und 57 auswärtigen Personen stattgefunden. Das Armenwesen hat nicht abgenommen. Die im Etat pro 1869 ausgeworfenen 1000 Thlr. sind bald erschöpft und ist deshalb pro 1870 ein gleicher Beitrag zum Etat zur Unterhaltung der Armen gestellt worden. — Am 7. Mai pr. visitirte der Herr Erzbischof von Gnesen und Posen, Graf Ledochowski, die hiesige Stadtpfarreikirche, bei welcher Gelegenheit denselben durch die städtischen Vertreter die Wünsche in Bezug der Errichtung eines Gymnasiums hier selbst vorgetragen wurden. An der hiesigen katholischen Schule ist vom 1. November 1868 ein vierter Lehrer in der Person des Lehrers Rygostki angestellt, indem die Schülerzahl sich so vermehrt hat, daß diese Anstellung nothwendig geworden. Unter dem 18. September 1869 ging hier die freudige Nachricht des Hrn. Oberpräsidenten, Grafen v. Königsberg, ein, daß der König mittels Altheroldischen Erlasses vom 18. August bestimmt hat, daß das für den Regierungsbezirk Bromberg in Aussicht genommene neue katholische Gymnasium dem Vorschlage des Herrn Oberpräsidenten gewiß in der diesigen Stadt errichtet werde. In Folge dessen ist auch die hiesige zweiklassige höhere Knabenschule vom 1. Okt. pr. dahin erweitert, daß noch eine Klasse (Tertia) errichtet wurde. An dieser Schule unterrichteten bis dahin, daß eine Lehrkraft durch das Provincial-Schulcollegium gesandt wird, mit Genehmigung der k. Regierung der Pfarrer Kolbe, der Probst Verwoert, der Vikar Alberti und der Vikar Ciesielski. Der Lehrer Wende ist mit dem 1. Mai v. J. aus seiner hiesigen Stellung bei der höheren Knabenschule ausgeschieden und ist diese Stelle vom 1. Juli ab von der k. Regierung in Bromberg dem Lehrer Schulz aus Militsch übertragen worden. Die höhere Knabenschule, unter besonderer Aufsicht einer Schuldeputation stehend, haben im Laufe des letzten Semesters frequentirt: auswärtige Schüler 24, einheimische 55; in Summa 79. Das zum Soll gestellte Schulgeld beträgt pro 1869 430 Thlr. 15 Sgr. Der der Stadtverordneten-Versammlung pro 1869 vorgelegte Etat ist in Einnahme und Ausgabe auf 4302 Thlr. festgestellt, egl. 7031 Thlr. an Staatsabgaben und Sozialabträgen. Die städtischen Kommunalbeiträge sind für das Jahr 1869 nach der Klassen- resp. klassifizierten Einkommensteuer aufgebracht worden. Nach der Veranlagungsrolle beträgt die Steuer der verpflichteten Diensten und Forenissen überhaupt 3505 Thlr.; davon gehen ab auf auswärtige Besitz 20 Thlr. und Immunität der Geistlichen und Beamten 382 Thlr., so daß zur Besteuerung 3103 Thlr. verbleiben. An Kämmerei- Beitrag sind pro 1869 ausgeschrieben 3103 Thaler, mithin 100 Prozent der Klassen- resp. Einkommensteuer. Nach dem Etat sollten aufgebracht werden 3044 Thaler 10 Sgr. 7 Pf., repartirt sind 3103 Thlr., mithin 58 Thlr. mehr, welcher zur Deckung vorkommenden Ausfälle und unvorhergesehener Mehraufwände von 300 Thlr. lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß der Kämmereibetrag pro 1870 die Höhe der Klassen- resp. Einkommensteuer übersteigen wird. Die Kämmereikassen- Rechnungen sind bis ult. 1867 festgestellt. Für 1868 liegen dieselben der Stadtverordnetenverammlung bereits zur Entlastung vor. Zur Errichtung des Gymnasiums hat die hiesige Kommune dem Staate einen freien Bauplatz offerirt, welcher bisher der Schulsozialität gehört, und auf welchem Lehrerwohnungen stehen, welche in der Folge werden abgebrochen werden. Um die Schulsozialität mit einem Grundstück für den abzutretenden Gymnasial- Bauplatz zu entschädigen, hat die Kommune das Grundstück Wongrowitz Hypotheken- Nummer 136 in der Subskription für den Betrag von 17,114 Thlr. erstanden, und wird solches der Schul- Sozialität zum 1. Mai 1870 gegen Übernahme des abgetretenen Schulgrundstücks übergeben. Auf die Kaufgelder sind 1004 Thaler aus den breiten Mitteln der kombinierten Kämmereikasse gezahlt und 700 Thaler zur ersten Stelle stehen geblieben. Der bezahlte Betrag von 1004 Thaler gehört der Schulkasse und ist bis zur Deckung eben so wie die nach schuldigen 700 Thlr. an die Waisenaufstalt 5 Proz. Zinsen zu verzinsen. Außer den Kämmereigärten, welche verpachtet sind, besitzt die Stadt an Kapitalien 1447 Thlr. 14 Sgr. 3 Pf. Prozeße hat die Stadt zur Zeit nicht.

### Staats- und Volkswirtschaft.

**Berlin.** 18. Jan. [Berathungen gegenständige des Landes-Ökonomie-Kollegiums.] Außer den bereits mitgetheilten drei Propositionen für die Berathungen des Landes-Ökonomie-Kollegiums werden noch folgende 6 vorgelegt werden: Die drei ersten sind von dem Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ausgegangen und betreffen: 1) die Förderung des Flachbaues und der Leinen-Industrie; 2) die Frage des den mittleren Altersaufschulen ic. bezüglichen Rechtes der Ausstellung von Entlassungzeugnissen, welche zum einjährigen Freiwilligendienst berechtigen; 3) die von den landwirtschaftlichen Vereinen und Berufsschulstationen geleiteten Kontrollen des Handels mit künstlichen Düngermitteln. Zwei andere Propositionen sind von dem Hrn. v. Rath gestellt und beziehen sich auf eine baldige gesetzliche Reform der bestehenden Bestimmungen über künstliche Wiesen zunächst für die Rheinprovinz und werfen die Frage auf: Kann die Staatsregierung die Produktion der Eichenholz fördern und wie? Die letzte Proposition ist von dem Hrn. v. Herford eingefordert und lautet: Das Landes-Ökonomie-Kollegium wolle dahin wirken, daß die Stempelsteuer für Kaufverträge über Grundstücke und Grundgerechtigkeiten auf 1/3 Proz. erniedrigt und event. der Beitrag über 1/3 zu Kreditinstituten für den Grundbesitz verwendet werde. — Die Proponenten v. Rath und v. Herford sind Mitglieder des Landes-Ökonomie-Kollegiums.

\*\*) Kurse. Soeben ist bei Ad. Büchting in Nordhausen das erste Heft eines kaufmännischen Werkes erschienen unter dem Titel: "Der Berliner

Kurszettel in seinen monatlichen Veränderungen oder tabellarische Übersicht der Ultimo-Kurse aller an der Berliner Börse kurs haben den Effekten, der Wechsel-Kurse, des Bank-Diskontos, sowie des Geldes." Der erste Jahrgang enthält die 12 Ultimo-Kurse von 1869 und kostet 5 Sgr.

**London.** 19. Jan. (Tel.) Die Subskription auf die Aktien der Indo-chinesischen Telegraphen-Gesellschaft hat trotz vieler Schwierigkeiten zu einem günstigen Resultate geführt.

### Bermischtes.

\* In Potsdam sind in Folge eines freireligiösen Vortrags des Prediger Schäfer aus Berlin 52 Männer zu einem freireligiösen Verein zusammengetreten. Der Verein beabsichtigt dem Konistorium die Beweggründe für sein Vorgehen in einer Adresse darzulegen.

\* **Musikdirektor Blecha**, nicht Blücher, wie gestern in unserem breslauer Briefe angegeben war, ist gestorben.

\* **Paris.** 19. Jan. (Tel.) Heute Morgen 7 Uhr wurde der Mörder Traupmann auf dem Platz de la Roquette enthaftet. Eine unabsehbare Masse Neugieriger bedeckte den Platz vor dem Gefängnis und die angrenzenden Straßen. Das Lärmen und Rufen der Menge draußen hatte Traupmann die Überzeugung verschafft, daß der Kaiser sein Gnadengebot unberücksichtigt gelassen habe. In der Nacht hatte sich der Delinquent von seinem Lager erhoben, um in einem Briefe Abschied von seiner Familie zu nehmen. Bald nach 6 Uhr wurde ihm die Anzeige gemacht, daß er sich zu seinem letzten Gange vorzubereiten habe, und nachdem ihm das Urtheil nochmals vorgelesen war, antwortete er mit ruhiger Stimme: Ich bin bereit. Zweimal, und dann auch nur an einen Augenblick, schien ihn die Ruhe, die er während seiner Haft und bei den Verhandlungen bewahrt hatte, zu verlassen; es war, als der Richter begann, ihm die Haare abschneiden, und er die Kälte der Scheere fühlte, und dann, als er das Schafot erblickte. Schnell fasste er sich und stieg allein die Stufen zur Plattform hinauf. Auf dem Wege vom Gefängnis bis zum Richtplatz hatte er kein Wort gesprochen.

\* Als neueste Mode tritt in England das Hinken auf. Bekanntlich geht leider die schöne Prinzessin von Wales, Alexandra, infolge von Krankheit noch immer etwas lam, und dieses traurige Gebrechen beeindruckt die englischen Damen nachzuahmen. Zu diesem Zwecke wird von einer Stiefellette der Absatz gänzlich entfernt, auf der andern dagegen bedeutend erhöht, und das dadurch künstlich hervorgebrachte Hinken nennt man „à la Alexandra.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Basner in Posen.

**Künstliche Zahne**  
sagt schmerzlos ein, ohne die Zahnwurzeln zu entnehmen  
**Zahnarzt Mallachow jun.**  
Gr. Mitterstr. 10. (Früher in Berlin.)

**Böhmisches Lagerbier,**  
(auch Bergschlößchen genannt)  
pro 100 Flaschen 3 Thlr. 10 Sgr., pro 120 Quart 8 Thlr., ist wieder vorrätig bei

**Friedr. Dieckmann.**

(Eingesandt.)

Seitdem Se. Heiligkeit der Papst durch den Gebrauch der Revalesciere du Barry glücklich wiederhergestellt und viele Aerzte und Hospitäler die heilbringende Wirkung derselben anerkannt, wird Niemand mehr die Vorzüglichkeit dieser kostlichen Heilnahrung bezweifeln und führen wir die folgenden Krankheiten an, die sie ohne Anwendung von Medizin und ohne Kosten besiegt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüs-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen- und Nierenleiden, Schwinducht, Asthma, Husten, Unverträglichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutauftreten, Ubelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugnis Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Pluskow, der Markgräfin de Brehan. Copie dieser Certifikation wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Mahlhafter als Fleisch, er-spart die Revalesciere 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revalesciere Chocolatee 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chocolade nährt; sie wird bei Erwachsenen, wie bei den schwärmsten Kindern mit gleich gutem Erfolge angewandt, gibt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungsheilmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchs-Anwendung von 1/2 Pf. 18 Sgr., 1 Pf. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pf. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pf. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pf. 18 Thlr. verkauft. — Revalesciere Chocolatee in Pulver und Tablettchen für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freyung 6.; in Frankfurt a. M. 10. Roßmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königsberg i. P., A. Kraatz, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bremen, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

Chaussee in den Stationen 1<sup>1/2</sup> — 1<sup>1/4</sup> und 1<sup>1/2</sup> — 1<sup>1/2</sup> auf dem Stamme öffentlich meistbietend verkauft werden.

Die Bedingungen sind bei dem unterzeichneten Bau-Inspektor, Sandstraße 8, und in den Gebestellen Glowno-Kolonie und Paczlowo einzusehen.

**Posen.** den 18. Januar 1870.  
Der Bau-Inspektor Petersen.

&lt;p

### Subhastations-Patent.

Das dem Kaufmann Marcus Ephraim Kallmann zu Nakel gehörige, im Mogilnoe Kreise belegene Gut Salem (früher Parlin Kolonie Nr. 15) soll im Termine den 30. Mai 1870,

Vormittags 10 Uhr, an der Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Reinertrag von 740,- Thaler und mit einem Nutzungswerte von 224 Thlr. zur Grund- resp. Gebäude- Steuer veranlagt worden und enthält an Gesamtmasse der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 802,- Morgen.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der hypothekenweise Abshägungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen, in gleichen besondere Kaufbedingungen, können in unserm Bureau III während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Alle dienten, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeldung der Prälution spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Das Urtheil über die Erteilung des Bu-

schlags soll im Termine

den 3. Juni 1870,

Mittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet werden.

Trzcielino, den 12. Januar 1870.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Menz.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Krzyżowniki sub Nr. 4 belegene, im Hypothekenbuch der gedachten Ortschaft eingetragene, den Johann und Therese, geb. Handke, Philippowicz'schen Cheleuten gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen der Letzteren be richtigt steht, und welches die Grundstücke Nr. 1, 3 und 8 Krzyżowniki zugeschrieben worden sind, und welches mit einem Flächen- Inhalte von 246,- Morgen der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer- Reinertrag von 327 Thlr. 21 Sgr. 7 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 70 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

am 24. Februar f. J.,

Vormittags 11 Uhr,

im Lokale des königlichen Kreisgerichts zu Schrada, Geschäftszimmer Nr. 3, versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenbuch von dem Grundstück und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, so wie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau III des unterzeichneten königlichen Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Dienstliche Personen, welche Eigenthumsrechte oder mehr hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluss über die Erteilung des Bu-

schlags wird in dem auf

den 1. März f. J.,

Vormittags 12 Uhr,

im Geschäftszofale des königlichen Kreisgerichts hier selbst, Geschäftszimmer Nr. 13, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Schrada, den 4. Dezember 1869.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Güter- u. Waldverkauf

in Polen.

Zwei große Herrschaften, Areal 25,000 und 16,000 Magd. M. — Große Waldungen — Säckersfabrik — Brennereien — Schloss im Park — Nähe preuß. Grenze und 7 Meilen von Warschau — unweit Eisenbahnstation — Weichsel — Chaussee — sind vortheilhaft zu kaufen. Anzahlung 200,000 resp. 120,000 Thaler.

Auch mehrere kleinere Güter. Nähe preuß. Grenze, sehr preis- und empfehlenswerth, sowie Waldverkauf, busen- und stammweise. Respektierende belieben sich zu wenden an das Handlungshaus von

Alexander Chrzanowski,

Thorn W. S. Pr.

Als Pächter der Fürstlich Neuskirchischen Herrschaft Otusz und Niepruzewo bringe ich hiermit zur öffentlichen Anzeige, daß mich als solchen der Wirtschaftsdirektor Herr

Paul Schindowski

in Niepruzewo in jeder Hinsicht von heute an vertreten wird und ich bitte Ledermann, in Angelegenheiten meiner Pachtung sich an den genannten Herrn zu wenden.

Posen, den 17. Januar 1870.

Julius Briske.

### Westdeutsche Versicherungs-Aktien-Bank.

Grundkapital: Zwei Millionen Thaler.

Herr E. M. Hauberlein in Firma Feckert & Hauberlein in Posen ist von uns zu unserem Vertreter für Posen und Umgegend ernannt und zur Vermittelung von Feuer-Versicherungen ermächtigt.

Essen, den 1. Januar 1870.

### Westdeutsche Versicherungs-Aktien-Bank.

Die Westdeutsche Versicherungs-Aktien-Bank versichert zu festen und billigen Prämien Gebäude und Inhalt gegen Schäden durch Brand, Blitzschlag und Gas-Explosion unter anerkannt sehr liberalen Bedingungen. Zu jeder ferneren Auskunft bereit, empfiehle ich dieselbe der gefälligen Beachtung.

Posen, Januar 1870.

### E. M. Hauberlein in Firma Feckert & Hauberlein.

Ich habe mich in Klecko etabliert.

**Dr. Zielewicz,**  
prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

**Borschuhverein zu Posen.**  
Eingetragene Genossenschaft.

Beschluß der Generalversammlung vom 17. d. M. Die Dividende pro 1869 wird auf 10 Prozent festgesetzt.

Jedes Mitglied ist berechtigt, seine Einlage auf 200 Thaler zu erhöhen.

**Borschuhverein zu Posen.**  
Eingetragene Genossenschaft.

**G. Berger. Hugo Gerstel.  
J. Pfeleman.**

Auf dem Dom. Rudki bei Dobronik sind starke vierjährige Hopfenfachser von einer 3 Morgen großen Fläche nebst den dazu gehörigen Stangen zu verkaufen.

Dienstag den 25. d. M., 11 Uhr Vormittags, sollen in den Künker Forsten (Revier Ekołowo) 415 Stück Kiefern im Wege des Meistgebots verkauft werden, von Nr. 1 bis zu Nr. 15.

Die Forstverwaltung.

**Preß-Palmkuchen**  
I. Qualité,  
empfehlenswerther Kraft-Butterkoff, offerirt

**Naumann Werner,**  
Wilhelmsstraße 18.

Meinen soeben erschienenen diesjährigen

**vollständigen Catalog**

von Gemüse-, Dekonomie-, Gras-, Holz- und Blumen-Sämereien &c.

verleihe an Respektanten gratis und franco.

**Heinrich Mette**  
in Quedlinburg.

In Kokoszyn Nr. 2 bei Tarnow sind 80 Buchsfächer mit Lämmern und einige Schafrauen wegen Veränderung der Wirtschaft zu verkaufen; auch ist dafelbst die Gastwirtschaft mit 3½ Morgen Land &c. von George auf ein oder mehrere Jahre zu verpachten.

Alexander Chrzanowski,

Thorn W. S. Pr.

Als Pächter der Fürstlich Neuskirchischen Herrschaft Otusz und Niepruzewo bringe ich hiermit zur öffentlichen Anzeige, daß mich als solchen der Wirtschaftsdirektor Herr

Paul Schindowski

in Niepruzewo in jeder Hinsicht von heute an vertreten wird und ich bitte Ledermann, in Angelegenheiten meiner Pachtung sich an den genannten Herrn zu wenden.

Posen, den 17. Januar 1870.

Julius Briske.

### Stammfährerei Schmölln

bei Gramzow, ufermarkt.

Der Verkauf französischer Rammwollböcke zu festen Preisen beginnt mit dem

1. Februar.

Der Verkauf von Original-Negretti- und Southdown-Böcken hat bereits begonnen.

**Saenger, Amtsath.**

Auf dem Dom. **Welna**

b. Rogasen stehen vier sehr edle Hengste, 5-Jährig — 3 aus biesiger Zucht, 1 engl. Halbblut — billig zum Verkauf. 2 schwarzbraun; 2 hellbraun. Dieselben sind 2- und 4spännig gefahren, auch angeritten, und würden sich sehr gut zur Zucht eignen. Mehrere Brüder der ersten befinden sich in dem königlichen Landgestüt in Birke.



Die diesjährige Auction von 27 Aerino-Kammwoll- (Rambouillet-) Vollblut-Böcken und

23 Rambouillet-Negretti-Böcken wird zu

**Gerswalde**

am 8. Februar, 12 Uhr abgehalten.

Nächste Bahnhöfe: Prenzlau und Wilmersdorf.

**Finck.**

Ein gut erhaltenes **Bären-Pelz** ist billig zu verkaufen bei

C. Kirst, St. Martin 60.

Unterzeichnet er empfiehlt seine alleinige Niederlage

**Amerikanischer Salons-Flügel (Steinweg)**

vom königl. Hofinstrumentenbauer Hrn. E. Kaps in Dresden. Dieselben haben trotz ihrer bedeutsamen Kürze einen sehr starken Ton, und entspricht die echte **Erardsche** Mechanik allen Anforderungen des feinsten Spiels. Der Preis eines Flügels beträgt 360 Thaler.

Pianinos und echte Wiener Flügel sind in bekannter Güte auf Lager. Stimmungen und Reparaturen werden reiß und billig ausgeführt.

**C. Kirst, Pianoforte-Fabrikant,**  
St. Martin 60.

**Die Gatower-Öfenfabrik**

an der Havel bei Spandau empfiehlt seine weiße Ofen

mit und ohne Kamme und halbweiße Ofen

zu soliden Preisen. In Ornamenten leistet

dieselbe das Beste und Neueste.

**Dr. Friedr. Lengil's Birken-Balsam.**

Dieser Balsam gibt ihm eine jugendliche Gesichtsfarbe; der Haut verleiht er Weiß, Narben, Bartheit und Frische, entfernt in kürzester Zeit Sommersprossen, Leberflecken, Muttermale, Nasenrösche, Mitesse und alle anderen Unreinheiten der Haut.

Bestreicht man z. B. Abends das Gesicht oder andere Hautstellen damit, so lösen sich schon am folgenden Morgen fast unmerkliche Schuppen von der Haut, die dadurch blendend weiß und zart wird.

Preis eines Kruges sammt Gebräuchsanweisung 1 Thlr.

Depot in Posen bei

S. Spiro, Markt 87.

**Zahnschmerzen** für immer zu

vertreiben, selbst wenn die Zahne hohl und angestoßen sind, sie doch stehen können, ohne verktett oder plombiert zu werden, durch mein weltberühmtes Zahnmundwasser.

**E. Höckstaedt** in Berlin, Prinzenstraße Nr. 37.

Zu haben à Flasche 5 Sgr. bei Frau Am. Wuttke

in Posen, Wasserstr. 8—9.

200 Stück frisch geschossene

**Hasen**

empfange heute per Säugut und empfiehle solche billig.

**Isidor Busch,**

Sapientiaplatz 2.

Keine Winterstiefel für Damen und Kinder, sowie Lincoln-Herren-Stiefel sind unter Garantie der Haltbarkeit in großer Auswahl vorrätig bei

**S. Tucholski,**

Wilhelmsstr. 10.

**Wiener Extract-Kaffee-Maschinen,**

**Wiener u. Offenbacher Lederwaaren,**

**Regenschirme u. Gummischuhe,**

**Echt russische Boots, Schützen-, Velociped-**

**und Lincoln Hüte**

offeriren in größter Auswahl

zu auffallend billigen

Preisen

**Russak & Czapski.**

**Markt 82.**

**Leutnersche Hühneraugen-Pflasterchen** empfiehlt 3 Stück 4 Sgr., im Dutzend 12½ Sgr., nebst Anweisung

**Herrmann Moegelin,** Bergstraße 9.

**Prachtvollen Schweizerkäse,** das Pfund à 8 Sgr., empfing und empfiehlt **Scheuermann,** St. Adalbert 7.

**Wilhel**



## Breslau, den 19. Januar.

Preise der Cerealien. (Bestellungen der polizeilichen Kommission.)

Weizen, weißer	75-78	72	63-66	Sgr.
do. gelber	70-72	68	58-64	Sgr.
Roggen	52-53	51	48-50	Sgr.
Gerste	45-48	43	40-42	Sgr.
Hafer	29-31	28	24-26	Sgr.
Erbsen	55-60	53	46-50	Sgr.

Notirungen der Kommission der Handelskammer zur Bestellung der Marktpreise für Raps und Rüben.

Raps	250	210	230	Sgr.
Winterschäben	232	222	214	Sgr.
Sommerschäben	216	206	196	Sgr.
Dotter	186	176	166	Sgr.

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 19. Januar Wind: ND. Witterung: rauh, Morgens 0-127 pfd. 52-55 Uhr. Weizen 116-122 pfd. 48-50 Uhr. 123-127 pfd. 52-55 Uhr. Roggen 37-38 Uhr. pr. 2000 pfd. Gel. gewisst. — Gerste 34-36 Uhr. pr. 1875 pfd. — Erbsen 37-39 Uhr. Spiritus 14½ Uhr. (Bromb. Blg.)

## Telegraphische Börsenberichte.

Döbeln, 19. Januar, Nachmitt. 1 Uhr. Wetter kälter. Weizen steigend, zweiter loco 6, 2½ a 6, 7½, fremder loco 5, 24½, pr. März 5, 29½, pr. Mai 6, 1, pr. Juni 6, 2½. Roggen fester, loco 5, pr. März 4, 26, pr. Mai 4, 26. Rübel behauptet, loco 13½, pr. Mai 13½, pr. Oktober 12½. Binkl loco 11½. Spiritus loco 18½.

Breslau, 19. Januar, Nachmittags. Still. Spiritus 8000 Kr. 13½. Roggen pr. Januar 41, pr. April-Mai 41½, pr. Mai-Juni 42½. Rübel loco 12½, pr. Januar 12½, pr. April-Mai 12½. Raps fest. Binkl still.

Bremen, 19. Januar. Petroleum, Standard white, loco 7½ a ½, pr. Februar 6½ fest.

Hamburg, 19. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Matt. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig. Weizen auf Termine fest, Roggen ruhig. Weizen pr. Jan. 5400 Pfd. netto 105½ Bantohaler Br. 104½ Bd. pr. Jan.-Febr. 105½ Br. 101½ Bd. pr. April-Mai 109 Br. und Bd. Roggen pr. Jan. 5000 Pfd. Brutto 75 Br. 74 Bd. pr. Jan.-Febr. 75 Br. 74 Bd. pr. April-Mai 77½ Br. 77 Bd. Hafer und Gerste ruhig. Rübel ruhiger, loco 26, pr. Mai 25½, pr. Okt. 25. Spiritus geschäftslos, loco 20, pr. Jan. 20, pr. April-Mai 20. Kaffee fest. Binkl ruhig. Petroleum besser, Standard white, loco 15½ Br. 15½ Bd. pr. Jan. 15½ Bd. pr. Januar-April 16½ Bd. — Ruhiges Wetter.

London, 19. Januar. Getreidemarkt (Anfangsbericht). Bremde Busfuhren seit gestern Montag: Weizen 8930, Gerste 2020, Hafer 24760 Quarters. Ruhige Haltung.

London, 19. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Schwächer Marktbesuch. Weizen bei geringer Busfuhrt matt, Preise gegen gestern Montag unverändert. Gerste schleppend bei unveränderten Preisen. In asten bei mäßigen Busfuhren ebenfalls schleppendes Geschäft. Mehl sehr ruhig, Preise nominell und unverändert. — Weiter kalt.

Breslau, 19. Januar. In Folge der slauen auswärtigen Notirungen waren auch hier die Kurse der sämtlichen Spekulationspapiere gedrückt, besonders österreich. Kredit- und Lombarden erheblich niedriger. Per ult. fix: Oberschlesische A. u. C. 173½ bez., Lombarden 136-35½-36½ bez., österreich. Kredit 141-40½-41 bez., Italiener 55-½ bez. u. Br.

Öffentlich gekündigt: 15,000 Quart Spiritus.

(Schlußkurse) Österr. Loose 1860 80½ B. Minerva 48½ G. Schles. Bank 117½ Bz. Österr. Kredit-Banknoten 140½ G. Oberschlesische Prioritäten 73½ B. do. do. 82 B. do. Lit. F. 88½ B. do. Lit. G. 88 B. do. Lit. H. 88 B. Rechte Über-Ufer-Bahn St. Prioritäten 97½ Bz. Bresl.-Schwed.-Bahn. — Oberschlesische Lit. A. u. C. 174 B. Lit. B. — Rechte Über-Ufer-Bahn 87½ B. Rosel.-Oberberg. — Amerikaner 92½ Bz. u. B. Italien. Anleihe 55 G.

## Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 19. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.

Berlin, 19. Januar. Die Börse war heute auf schlechtere Wiener und Pariser Notirungen sehr matt, die Kurse waren niedriger, das Geschäft blieb gering, besonders in Lombarden, Franzosen und Kredit. Banken und Eisenbahnen blieben still und mehrfach etwas niedriger. Inländische Bonds, Pfand- und Rentenbriefe waren behauptet. 5. und 4½ prozent. Anleihen und Pfandbriefe belebt. Deutsche Bonds wenig verändert, österreichische matt; von russischen wurden Liquidations-Pfandbriefe in großen Posten gehandelt; englische waren wegen der neuen Anleihe meist offisiert; Bahnen und Prämienanleihe in mäßigem Verkehr, alt höher. Rumänen in gutem Verkehr. Inländische Prioritäten waren fest, zum Theil etwas höher, so rheinische 4 prozent, Oberschlesische 5 prozent, gingen in Posten ½ höher um und blieben begeht, 5 prozent. Potsdamer, Bergisch-Märkische und Stettiner 6. Emision waren belebt; von österreichischen 2. Lemberger gefragt, von russischen Kurst-Wien und Kołow.-Woronesch gefragt, erste belebt; Smolensk offiziell und niedriger. Von Amerikanern waren Alabama, welche gestern durch einen Druckfehler 83½ a ½ statt ½ notiert worden, heute zu 83½ fest und belebt. — Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 4½ bezahlt.

## Sonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 19. Januar 1870.

## Ausländische Bonds.

Deutsche Metallique 5 — —

do. National-Anl. 5 — —

do. 2500 Pfd. Pr. Oöbl. 4 72½ G

do. 100 Pfd. Kreis. 2 87½ G [-½ b]

do. Böse (1860) 5 80½ G b. ult. 80½

do. Pr. Ch. v. 64 64½ G

do. Süß. Anl. v. 64 5

do. Hobenkr. Pfdsbr. 5 88½ G [½ b] G

do. Ital. Anleihe 5 55½ G b. ult. 55½

do. 1859 42½ G 92½ G

do. 1856 42½ G 92½ G

do. 1864 42½ G 92½ G

do. 1867 A.B.D.C. 42½ G 92½ G

do. 1850, 52½ Anl. 4 81½ G

do. 1853 4 81½ G

do. 1862 4 81½ G

do. 1868 A. 4 82 G

do. 1866 42½ G 92½ G

do. 1866 engl. St. 8 94 G

do. 1866 hol. St. 8 89½ G